Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3293

09. 11. 88

Sachgebiet 2032

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung — Drucksache 11/2742 —

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1988 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1988 — BBVAnpG 88)

A. Problem

1. Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse (§ 14 BBesG/§ 70 BeamtVG).
2. Sonstige Änderungen insbesondere besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften.

B. Lösung

zu 1.

Zum 1. März 1988 werden die Bezüge linear um 2,4 v. H., zum 1. Januar 1989 um 1,4 v. H., zum 1. Januar 1990 um 1,7 v. H. angehoben.

zu 2.

Insbesondere Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes und des Bundespolizeibeamtengesetzes, wie z. B.

- Erweiterung der Ermächtigungsgrundlage für die Übergangszahlung bei Übernahme von Arbeitnehmern in ein Beamtenverhältnis,
- Aufhebung der Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst ab 1. Januar 1989 bzw. 1. Januar 1990,

- neues Spitzenamt — A 5 mit Amtszulage — für den einfachen Dienst ab 1. Januar 1989,
- Hebung des Eingangsamtes für Meister, staatlich geprüfte Techniker und Lokomotivführer von Besoldungsgruppe A 5 nach Besoldungsgruppe A 6 ab 1. Januar 1989,
- Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen für Laufbahnen mit erheblichem Bewerbermangel ab 1. Januar 1989.

Einstimmigkeit im Ausschuß bei Enthaltung seitens der Fraktion DIE GRÜNEN

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost) werden folgende Mehrkosten entstehen (rd.):

1988	1989	1990
483,38 Mio. DM	351,632 Mio. DM	426,972 Mio. DM

Neben der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden auch die Länder und Gemeinden mit Mehrkosten belastet.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1988 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1988 — BBVAnpG 88) — Drucksache 11/2742 — in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Bonn, den 9. November 1988

Der Innenausschuß

Bernrath	**Regenspurger**	**Lutz**	**Richter**	**Frau Olms**
Vorsitzender	Berichterstatter			

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1988 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1988 — BBVAnpG 88)
— Drucksache 11/2742 —
mit den Beschlüssen des Innenausschusses (4. Ausschuß)

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1988 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1988 — BBVAnpG 88)	**Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1988 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1988 — BBVAnpG 88)**
Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1 **Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern**	Artikel 1 **Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern**
§ 1	§ 1
An die Stelle der Anlagen IV bis IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1986 (BGBl. I S. 1553, 1666), das zuletzt durch das Gesetz vom ... (BGBl. I S. ...) geändert wurde, treten die Anlagen 1 bis 6 dieses Gesetzes.	unverändert
§ 2	§ 2
(1) Erhöht werden die 1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer, b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter, c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder, 2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nummern 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind, b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fort-	unverändert

Entwurf

geltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,

3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter

um 2,4 vom Hundert mit Wirkung vom 1. März 1988,
um 1,4 vom Hundert ab 1. Januar 1989,
um 1,7 vom Hundert ab 1. Januar 1990.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

(4) Die Bezüge der Anwärter, die vor dem 1. Januar 1984 eingestellt worden sind, werden in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht.

§ 3

(1) *Die* Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 *und 3* der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1977 (BGBl. I S. 1107), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 6. August 1987 (BGBl. I S. 2062), *werden in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach § 2 Abs. 1 erhöht und bei der Erhöhung zum 1. Januar 1990 auf volle zehn Pfennige aufgerundet.*

Beschlüsse des 4. Ausschusses

§ 3

(1) **An die Stelle der** Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1977 (BGBl. I S. 1107), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 6. August 1987 (BGBl. I S. 2062), **treten folgende Sätze:**

Besoldungsgruppen	**mit Wirkung vom 1. März 1988**
A 1 bis A 4	**„12,09 Deutsche Mark,“**
A 5 bis A 8	**„13,73 Deutsche Mark,“**
A 9 bis A 12	**„17,72 Deutsche Mark,“**
A 13 bis A 16	**„23,45 Deutsche Mark,“**

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

ab 1. Januar 1989	**ab 1. Januar 1990**
„12,26 Deutsche Mark,“	**„12,97 Deutsche Mark,“**
„13,93 Deutsche Mark,“	**„14,74 Deutsche Mark,“**
„17,97 Deutsche Mark,“	**„19,01 Deutsche Mark,“**
„23,78 Deutsche Mark,“	**„25,15 Deutsche Mark.“**

Die Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 3 der in Satz 1 genannten Verordnung werden in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach § 2 Abs. 1 erhöht und bei der Erhöhung zum 1. Januar 1990 auf volle zehn Pfennige aufgerundet.

Entwurf:

(2) Die Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1987 (BGBl. I S. 762), geändert durch das Gesetz vom 6. August 1987 (BGBl. I S. 2062), wird wie folgt geändert:

a) Die Sätze der Erschwerniszulagen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 8 Abs. 1 und 2 sowie § 23c der Verordnung werden in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach § 2 Abs. 1 erhöht und bei der Erhöhung zum 1. Januar 1990 auf volle zehn Pfennige aufgerundet.

b) § 4 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Für Beamte und Soldaten mit vollzugspolizeilichen Aufgaben nach Nummer 9 der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes beträgt die Zulage

in den Fällen des § 3 Abs. 2 Nr. 1 und 3

1,54 Deutsche Mark je Stunde mit Wirkung vom 1. März 1988,
1,57 Deutsche Mark je Stunde ab 1. Januar 1989,
1,60 Deutsche Mark je Stunde ab 1. Januar 1990,

in den Fällen des § 3 Abs. 2 Nr. 2 und 4 1,50 Deutsche Mark.“

Beschlüsse des 4. Ausschusses:

(2) Die Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1987 (BGBl. I S. 762), geändert durch das Gesetz vom 6. August 1987 (BGBl. I S. 2062), wird wie folgt geändert:

a) **An die Stelle des Satzes der Zulage** nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 der Verordnung **tritt folgender Satz:**

„1,34 Deutsche Mark je Stunde mit Wirkung vom 1. März 1988,
1,36 Deutsche Mark je Stunde ab 1. Januar 1989,
1,45 Deutsche Mark je Stunde ab 1. Januar 1990.“

b) § 4 Abs. 1 Sätze 2 **und 3 der Verordnung** erhalten folgende Fassung:

„Für Beamte und Soldaten mit vollzugspolizeilichen Aufgaben nach Nummer 9 der Vorbemerkungen zu den **Bundes**besoldungsordnungen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes beträgt die Zulage

in den Fällen des § 3 Abs. 2 Nr. 1 und 3

1,54 Deutsche Mark je Stunde mit Wirkung vom 1. März 1988,
1,57 Deutsche Mark je Stunde ab 1. Januar 1989,
1,68 Deutsche Mark je Stunde ab 1. Januar 1990,

in den Fällen des § 3 Abs. 2 Nr. 2 und 4 1,50 Deutsche Mark **je Stunde. Dies gilt auch für Polizeivollzugsbeamte im kriminalpolizeilichen Vollzugsdienst des Bundes sowie beim Deutschen Bundestag, ferner für Beamte in Ämtern der Bundesbesoldungsordnung A bei Justizvollzugsanstalten; eine Nachtdienstentschädigung (-zulage) wird nicht gewährt.“**

c) Die Sätze der Erschwerniszulage nach § 8 Abs. 1 und 2 sowie § 23c der Verordnung werden in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach § 2 Abs. 1 erhöht und bei der Erhöhung zum 1. Januar 1990 auf volle zehn Pfennige aufgerundet.

§ 4

Entwurf:

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 1 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1987 vom 6. August 1987

Beschlüsse des 4. Ausschusses:

§ 4

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(BGBl. I S. 2062) die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1 S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1987 in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach § 2 Abs. 1 erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage 2 des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach § 2 Abs. 1 erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 6 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach § 2 Abs. 1 erhöht.

(6) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden mit Wirkung vom 1. März 1988 um 2,3 vom Hundert, ab 1. Januar 1989 um 1,3 vom Hundert, ab 1. Januar 1990 um 1,6 vom Hundert erhöht.

Artikel 2

Sonstige Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der in Artikel 1 § 1 bezeichneten Fassung wird wie folgt geändert:

Artikel 2

Sonstige Änderungen des Besoldungsrechts

§ 1

Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der in Artikel 1 § 1 bezeichneten Fassung wird wie folgt geändert:

01. § 13 Abs. 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Steigt ein Beamter, dem eine Amtszulage oder ruhegehaltfähige Stellenzulage zusteht, in die nächsthöhere Laufbahn auf, wird die Ausgleichszulage entsprechend Absatz 1 Satz 2 gewährt.“

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
	01 a. § 19a wird wie folgt geändert:
	a) In Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 werden nach den Worten „vier Jahren" das Komma und die Worte „bei einem Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 9 oder A 10 für die Dauer von drei Jahren" gestrichen.
	b) § 19a wird gestrichen.
1. § 75 Abs. 1 Satz 1 und 2 wird wie folgt gefaßt:	1. unverändert
„Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Gewährung einer Übergangszahlung für Beamte des einfachen und mittleren Dienstes zu regeln, die im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29 Abs. 1) nach einer hauptberuflichen Tätigkeit von mindestens einem Jahr vom Arbeitnehmerverhältnis in das Beamtenverhältnis übernommen worden sind und deren Nettobezüge danach geringer als die zuletzt im Arbeitnehmerverhältnis gewährten sind. Eine Übergangszahlung darf nur für Beamte in Laufbahnen vorgesehen werden, in denen der Nachwuchs in erheblichem Umfang aus dem Arbeitnehmerverhältnis gewonnen wird."	
2. Die Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B) wird wie folgt geändert:	2. Die Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B) wird wie folgt geändert:
a) In Vorbemerkung Nummer 1 erhält Absatz 4 folgende Fassung:	a) unverändert
„(4) Die Regelungen in der Bundesbesoldungsordnung A für Ämter des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes — mit Ausnahme des kriminalpolizeilichen Vollzugsdienstes — gelten auch für die Polizeivollzugsbeamten im Bundesgrenzschutz und beim Deutschen Bundestag. Diese führen die Amtsbezeichnungen des Polizeivollzugsdienstes mit dem Zusatz „im Bundesgrenzschutz" oder „beim Deutschen Bundestag.""	
	a[1]) In Vorbemerkung Nummer 7 werden in Absatz 2 nach dem Wort „Bankzulage" die Worte „und neben Auslandsdienstbezügen" eingefügt.
b) In Vorbemerkung Nummer 28	b) unverändert
aa) werden in Absatz 1 nach dem Wort „Bundesgrenzschutzes" ein Komma und die Worte „beim Deutschen Bundestag" eingefügt,	
bb) wird Absatz 3 gestrichen.	
	b[1]) In Besoldungsgruppe A 5 wird
	aa) den Amtsbezeichnungen „Betriebsassistent", „Hauptwart", „Oberamtsmeister", „Oberbetriebsmeister" und „Obertriebwagenführer" der Fußnotenhinweis „[5])" angefügt,
	bb) die Amtsbezeichnung „Reservelokomotivführer" gestrichen,

Entwurf | Beschlüsse des 4. Ausschusses

cc) die Fußnote [5]) wie folgt gefaßt:

„5) Für Leitungs- oder Koordinierungsfunktionen oder andere Funktionen mit besonderer Verantwortung können bis zu 10 v. H. der Stellen des einfachen Dienstes mit einer Amtszulage nach Anlage IX ausgestattet werden. Neben der Amtszulage steht eine Amtszulage nach den Fußnoten 3 und 4 nicht zu."

b[2]) In Besoldungsgruppe A 6 werden angefügt:

aa) bei der Amtsbezeichnung „Lokomotivführer" der Fußnotenhinweis „[1])",

bb) bei den Grundamtsbezeichnungen „Sekretär" und „Werkmeister" der Fußnotenhinweis „[2])",

cc) die Fußnote

„2) Als Eingangsamt für Laufbahnen, in denen die Meisterprüfung oder die Abschlußprüfung als staatlich geprüfter Techniker vorgeschrieben ist, wenn der Beamte die Prüfung bestanden hat."

c) Folgende Amtsbezeichnungen werden gestrichen:

In der Besoldungsgruppe

A 6 „Hauptwachtmeister in der Hausinspektion des Deutschen Bundestages"

A 7 „Meister in der Hausinspektion des Deutschen Bundestages"

A 8 „Obermeister in der Hausinspektion des Deutschen Bundestages"

A 9 „Hauptmeister in der Hausinspektion des Deutschen Bundestages"
„Kommissar in der Hausinspektion des Deutschen Bundestages"

A 10 „Oberkommissar in der Hausinspektion des Deutschen Bundestages"

A 11 „Hauptkommissar in der Hausinspektion des Deutschen Bundestages"

A 12 „Hauptkommissar in der Hausinspektion des Deutschen Bundestages"

A 13 „Erster Hauptkommissar in der Hausinspektion des Deutschen Bundestages".

c) unverändert

3. Die Anlagen II (Bundesbesoldungsordnung C) und III (Bundesbesoldungsordnung R) werden wie folgt geändert:

In Vorbemerkung Nummer 3 Abs. 3 zur Bundesbesoldungsordnung C und in Vorbemerkung Nummer 2 Abs. 2 zur Bundesbesoldungsordnung R werden nach dem Wort „Bankzu-

Entwurf | Beschlüsse des 4. Ausschusses

lage" jeweils die Worte „und neben Auslandsdienstbezügen" eingefügt.

§ 2

Änderung der Verordnung über die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen

(1) Die Verordnung über die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen an Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vom 20. Februar 1978 (BGBl. I S. 276), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 15. April 1987 (BGBl. I S. 1232), wird wie folgt geändert:

a) In § 1 Abs. 1 werden die Nummern 6 und 7 wie folgt gefaßt:

„6. Anwärtern für den gehobenen technischen Dienst,

7. Anwärtern für den gehobenen Flugverkehrskontrolldienst."

b) § 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Anwärtersonderzuschläge können ferner Anwärtern des höheren Auswärtigen Dienstes gewährt werden, die

1. die Befähigung zum Richteramt haben,

2. neben einer abgeschlossenen Hochschulausbildung eine abgeschlossene kaufmännische Berufsausbildung oder eine gleichwertige Tätigkeit nachgewiesen haben."

c) § 2 erhält folgende Fassung:

„§ 2

Höhe des Anwärtersonderzuschlages

Der Anwärtersonderzuschlag beträgt:

1. für Anwärter nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 bis 7 fünfunddreißig vom Hundert,

2. für Anwärter nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 2 fünfzig vom Hundert,

3. für Anwärter nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 hundert vom Hundert

des vor Vollendung des 26. Lebensjahres zustehenden Anwärtergrundbetrages, jedoch nicht mehr als nach § 63 Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes zulässig."

(2) In den Fällen des Absatzes 1 Buchstabe b gilt die Besitzstandswahrung nach § 6 der in Absatz 1 bezeichneten Verordnung entsprechend.

Artikel 3

Änderung des Bundespolizeibeamtengesetzes

Das Bundespolizeibeamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 1976 (BGBl. I S. 1357), *zuletzt* geändert durch Gesetz vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485), wird wie folgt geändert:

Artikel 3

Änderung des Bundespolizeibeamtengesetzes

Das Bundespolizeibeamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 1976 (BGBl. I S. 1357), geändert durch Gesetz vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485), wird wie folgt geändert:

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses
1. § 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung: „Dieses Gesetz gilt auch für die Polizeivollzugsbeamten beim Deutschen Bundestag."	1. unverändert
2. § 3 Abs. 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung: „beim Deutschen Bundestag: a) die Laufbahn des mittleren Polizeivollzugsdienstes, b) die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes."	2. unverändert

3. § 11 erhält folgende Fassung:

„§ 11

Freizeitausgleich bei Einsätzen und Übungen

Bei Einsätzen und bei Übungen von Verbänden, Einheiten oder Teileinheiten des Bundesgrenzschutzes von einer Dauer von mehr als einem Tag wird anstelle einer Dienstbefreiung nach § 72 des Bundesbeamtengesetzes ein einheitlicher Freizeitausgleich festgesetzt, der die Dauer des Einsatzes oder der Übung und die damit verbundene dienstliche Beanspruchung angemessen berücksichtigen muß. Die Entscheidung trifft der Bundesminister des Innern oder die von ihm bestimmte Dienststelle. Der Freizeitausgleich soll gewährt werden, sobald die dienstlichen Verhältnisse es zulassen, möglichst innerhalb von drei Monaten."

Artikel 3 a

Änderung des Gesetzes über die Bundesanstalt für Flugsicherung

In § 4 a des Gesetzes über die Bundesanstalt für Flugsicherung vom 23. März 1953 (BGBl. I S. 70), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 18. September 1980 (BGBl. I S. 1729), wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Für die Zeit vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1994 erhalten Beamte des gehobenen Flugverkehrskontrolldienstes in der Bundesanstalt für Flugsicherung den Ausgleich gemäß § 48 Abs. 1 Satz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes abweichend von § 48 Abs. 1 Satz 4 des Gesetzes bereits mit Erreichen der Altersgrenze nach Absatz 1, wenn ihr Eintritt in den Ruhestand wegen dringender dienstlicher Rücksichten zur Aufrechterhaltung der Sicherheit des Luftverkehrs hinausgeschoben worden ist."

Artikel 3 b

Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

In § 18 Abs. 6 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 27. Januar 1977 (BGBl. I S. 201), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Februar 1986 (BGBl. I

Entwurf	Beschlüsse des 4. Ausschusses

S. 265) geändert worden ist, wird folgender Satz 4 angefügt:

„Abweichend von Satz 3 in Verbindung mit den §§ 15 bis 17 des Bundesministergesetzes berechnet sich das Ruhegehalt des Bundesbeauftragten unter Hinzurechnung der Amtszeit als ruhegehaltfähige Dienstzeit in entsprechender Anwendung des Beamtenversorgungsgesetzes, wenn dies günstiger ist und der Bundesbeauftragte sich unmittelbar vor seiner Wahl zum Bundesbeauftragten als Beamter oder Richter mindestens in dem letzten gewöhnlich vor Erreichen der Besoldungsgruppe B 9 zu durchlaufenden Amt befunden hat."

Artikel 3c

Änderung des Sechstens Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes

Das Sechste Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vom 15. November 1977 (BGBl. I S. 2117) wird wie folgt geändert:

In Artikel IX § 2 wird das Wort „nichtruhegehaltfähige" durch das Wort „ruhegehaltfähige" ersetzt.

Artikel 3d

Änderung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages

§ 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 1982 (BGBl. I S. 677) erhält folgende Fassung:

„(1) Der Wehrbeauftragte erhält vom Beginn des Kalendermonats an, in dem das Amtsverhältnis beginnt, bis zum Schluß des Kalendermonats, in dem das Amtsverhältnis endet, Amtsbezüge. § 11 Abs. 1 Buchstaben a und b des Bundesministergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 1971 (BGBl. I S. 1166), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Kürzung des Amtsgehaltes der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 22. Dezember 1982 (BGBl. I S. 2007), ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, daß das Amtsgehalt und der Ortszuschlag 75 vom Hundert des Amtsgehaltes und des Ortszuschlages eines Bundesministers betragen. Die Amtsbezüge werden monatlich im voraus gezahlt."

Artikel 3e

Änderung versorgungsrechtlicher Vorschriften

1. Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1987 (BGBl. I S. 570, 1339), zuletzt geändert durch das Gesetz vom ... (BGBl. I S. ..), wird wie folgt geändert:

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

a) In der Inhaltsübersicht wird im Abschnitt II vor § 15 eingefügt:

„§ 14b Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes in sonstigen Fällen".

b) Nach § 14a wird eingefügt:

„§ 14b

Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes in sonstigen Fällen

(1) Der nach den sonstigen Vorschriften berechnete Ruhegehaltssatz erhöht sich ferner vorübergehend, wenn der Beamte wegen Erreichens einer vor Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres liegenden Altersgrenze kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten ist und er

1. bis zum Beginn des Ruhestandes die Wartezeit von einhundertachtzig Kalendermonaten für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt hat,

2. das sechzigste Lebensjahr vollendet hat,

3. keine Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 4 des Einkommensteuergesetzes bezieht und

4. einen Ruhegehaltssatz von 70 vom Hundert noch nicht erreicht hat.

(2) Die Erhöhung des Ruhegehaltssatzes beträgt eins vom Hundert für je zwölf Kalendermonate der für die Erfüllung der Wartezeit (Absatz 1 Nr. 1) anrechnungsfähigen Pflichtversicherungszeiten, soweit sie nach Vollendung des siebzehnten Lebensjahres bis zum Beginn des Ruhestandes zurückgelegt wurden und nicht als ruhegehaltfähig berücksichtigt sind, bis zum Höchstsatz von siebzig vom Hundert.

(3) Die Erhöhung fällt spätestens mit Ablauf des Monats weg, in dem der Ruhestandsbeamte das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet. Sie endet vorher, wenn der Ruhestandsbeamte

1. eine Versichertenrente der gesetzlichen Rentenversicherung bezieht, mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Rente,

oder

2. ein Erwerbseinkommen bezieht (Absatz 1 Nr. 3), mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Erwerbstätigkeit.

(4) Die Erhöhung des Ruhegehaltssatzes wird auf Antrag vorgenommen. Wird der Antrag nach Vollendung des sechzigsten Lebensjahres des Ruhestandsbeamten gestellt (Absatz 1 Nr. 2), so tritt die Erhöhung vom Beginn des Antragsmonats an ein."

c) § 20 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung: „§ 14 Abs. 2, §§ 14a und 14b finden keine Anwendung."

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

d) § 24 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„§ 14 Abs. 2, §§ 14a und 14b finden keine Anwendung."

e) In § 62 Abs. 2 Nr. 2 werden nach den Worten „§§ 10" ein Komma und die Worte „14b" eingefügt.

f) In § 69 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 werden die Worte „§ 14a, die §§ 33," durch die Worte „die §§ 14a, 14b, 33," ersetzt.

g) In § 99 Abs. 2 Nr. 2 werden die Worte „§ 26a" durch die Worte „die §§ 26a und 26b" ersetzt.

2. Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

(1) Das Soldatenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 1987 (BGBl. I S. 842), das zuletzt durch ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

a) In der Inhaltsübersicht wird im Zweiten Teil, Abschnitt II Nr. 2 Buchstabe e „26a" durch „26a und 26b" ersetzt.

b) Nach § 26a wird eingefügt:

„§ 26b

(1) Der nach den sonstigen Vorschriften berechnete Ruhegehaltssatz erhöht sich ferner vorübergehend, wenn der Berufssoldat nach § 44 Abs. 1 oder 2 des Soldatengesetzes in den Ruhestand getreten ist und

1. bis zum Beginn des Ruhestandes die Wartezeit von einhundertachtzig Kalendermonaten für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt hat,

2. das sechzigste Lebensjahr vollendet hat,

3. keine Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 4 des Einkommensteuergesetzes bezieht und

4. einen Ruhegehaltssatz von siebzig vom Hundert noch nicht erreicht hat.

(2) Die Erhöhung des Ruhegehaltssatzes beträgt eins vom Hundert für je zwölf Kalendermonate der für die Erfüllung der Wartezeit (Absatz 1 Nr. 1) anrechnungsfähigen Pflichtversicherungszeiten, soweit sie nach Vollendung des siebzehnten Lebensjahres bis zum Beginn des Ruhestandes zurückgelegt wurden und nicht als ruhegehaltfähig berücksichtigt sind, bis zum Höchstsatz von siebzig vom Hundert.

(3) Die Erhöhung fällt spätestens mit Ablauf des Monats weg, in dem der Soldat im Ruhestand das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet. Sie endet vorher, wenn der Soldat im Ruhestand

1. eine Versichertenrente der gesetzlichen Rentenversicherung bezieht, mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Rente,

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

oder

2. ein Erwerbseinkommen bezieht (Absatz 1 Nr. 3), mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Erwerbstätigkeit.

(4) Die Erhöhung des Ruhegehaltssatzes wird auf Antrag vorgenommen. Wird der Antrag nach Vollendung des sechzigsten Lebensjahres des Soldaten im Ruhestand gestellt (Absatz 1 Nr. 2), so tritt die Erhöhung vom Beginn des Antragsmonats an ein."

c) In § 43 Abs. 4 werden die Worte „und § 26a" durch die Worte „sowie die §§ 26a und 26b" ersetzt.

d) In § 60 Abs. 2 Nr. 2 werden nach den Worten „§§ 22," die Worte „26b," eingefügt.

(2) Absatz 1 gilt nicht im Land Berlin.

3. Übergangsvorschrift für Versorgungsempfänger

(1) Anträge nach § 14b des Beamtenversorgungsgesetzes, die innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Änderungsgesetzes gestellt werden, gelten als zu diesem Zeitpunkt gestellt.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Anträge nach § 26b des Soldatenversorgungsgesetzes. Satz 1 gilt nicht im Land Berlin.

Artikel 3f

Änderung der Bundeslaufbahnverordnung

Die Bundeslaufbahnverordnung vom 15. November 1978 (BGBl. I S. 1763), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 8. Juli 1981 (BGBl. I S. 646), wird wie folgt geändert:

1. § 11 wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 4 wird folgender Satz 5 eingefügt:

„Die Erprobungszeit gilt auch als geleistet, soweit sich der Beamte während seiner Beurlaubung in Tätigkeiten bei einer nach § 7 Abs. 5 anerkannten öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung oder als wissenschaftlicher Assistent oder Geschäftsführer bei Fraktionen des Deutschen Bundestages oder der Landtage bewährt hat und die ausgeübten Tätigkeiten nach Art und Schwierigkeit mindestens den Anforderungen des höherbewerteten Dienstpostens entsprochen haben."

b) Die bisherigen Sätze 5 und 6 werden Sätze 6 und 7.

2. § 12 Abs. 7 Sätze 3 und 4 erhalten folgende Fassung:

„Als Dienstzeit gilt die Zeit eines Urlaubs nach

1. § 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1,

2. § 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2, wenn der Urlaub für eine Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent oder

Entwurf

Artikel 4

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 1

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 1 § 3 beruhenden Teile der dort geänderten Verordnungen können auf Grund der Ermächtigung der §§ 47 und 48 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in Verbindung mit dieser Vorschrift durch Verordnung geändert werden.

§ 2

Der Bundesminister des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes in der vom *Inkrafttreten dieses Gesetzes* an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

§ 3

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. März 1988 in Kraft.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Geschäftsführer bei Fraktionen des Deutschen Bundestages oder der Landtage erteilt wurde. Im übrigen gilt als Dienstzeit die Zeit eines Urlaubs nach § 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 bis zur Dauer von insgesamt zwei Jahren.

In den Fällen des Satzes 3 Nr. 1 und 2 Satz 2 ist § 7 Abs. 5 Satz 2 entsprechend anzuwenden."

Artikel 4

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 1

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 1 § 3 **und Artikel 2 § 2** beruhenden Teile der dort geänderten Verordnungen können auf Grund der Ermächtigung der §§ 47, 48 Abs. 1 und **§ 63** des Bundesbesoldungsgesetzes in Verbindung mit dieser Vorschrift durch Verordnung geändert werden. **Die auf Artikel 3f beruhenden Teile der dort genannten Verordnung können auf Grund der Ermächtigung des § 15 des Bundesbeamtengesetzes in Verbindung mit dieser Vorschrift durch Verordnung geändert werden.**

§ 2

Der Bundesminister des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes in der vom **1. Januar 1989** an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

§ 3

unverändert

§ 4

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt, **soweit nicht etwas anderes bestimmt ist,** mit Wirkung vom 1. März 1988 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten in Kraft:

a) Artikel 2 § 1 Nummer 01, 01a Buchstabe a, Nummer 2 Buchstaben b^1 und b^2, § 2 und Artikel 3 Nummer 3 am 1. Januar 1989,

b) Artikel 2 § 1 Nummer 01a Buchstabe b am 1. Januar 1990,

c) Artikel 3e und 3f am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 1
(Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	1 108,93	1 145,60	1 182,27	1 218,94	1 255,61	1 292,28	1 328,95
A 2		1 174,62	1 211,29	1 247,96	1 284,63	1 321,30	1 357,97	1 394,64
A 3		1 258,37	1 297,11	1 335,85	1 374,59	1 413,33	1 452,07	1 490,81
A 4		1 305,94	1 350,77	1 395,60	1 440,43	1 485,26	1 530,09	1 574,92
A 5		1 351,80	1 402,91	1 454,02	1 505,13	1 556,24	1 607,35	1 658,46
A 6		1 431,38	1 484,36	1 537,34	1 590,32	1 643,30	1 696,28	1 749,26
A 7		1 546,63	1 599,61	1 652,59	1 705,57	1 758,55	1 811,53	1 864,51
A 8		1 619,68	1 684,99	1 750,30	1 815,61	1 880,92	1 946,81	2 015,39
A 9	I c	1 809,66	1 877,04	1 947,25	2 018,02	2 090,10	2 168,65	2 247,20
A 10		1 981,62	2 079,21	2 176,80	2 274,39	2 371,98	2 469,57	2 567,16
A 11		2 308,72	2 408,71	2 508,70	2 608,69	2 708,68	2 808,67	2 908,66
A 12		2 514,62	2 633,84	2 753,06	2 872,28	2 991,50	3 110,72	3 229,94
A 13	I b	2 849,06	2 977,79	3 106,52	3 235,25	3 363,98	3 492,71	3 621,44
A 14		2 932,62	3 099,54	3 266,46	3 433,38	3 600,30	3 767,22	3 934,14
A 15		3 306,61	3 490,12	3 673,63	3 857,14	4 040,65	4 224,16	4 407,67
A 16		3 675,15	3 887,39	4 099,63	4 311,87	4 524,11	4 736,35	4 948,59

Anlage 1
(Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	1 124,49	1 161,67	1 198,85	1 236,03	1 273,21	1 310,39	1 347,57
A 2		1 191,10	1 228,28	1 265,46	1 302,64	1 339,82	1 377,00	1 414,18
A 3		1 276,01	1 315,29	1 354,57	1 393,85	1 433,13	1 472,41	1 511,69
A 4		1 324,30	1 369,75	1 415,20	1 460,65	1 506,10	1 551,55	1 597,00
A 5		1 370,78	1 422,60	1 474,42	1 526,24	1 578,06	1 629,88	1 681,70
A 6		1 451,45	1 505,17	1 558,89	1 612,61	1 666,33	1 720,05	1 773,77
A 7		1 568,34	1 622,06	1 675,78	1 729,50	1 783,22	1 836,94	1 890,66
A 8		1 642,41	1 708,63	1 774,85	1 841,07	1 907,29	1 974,10	2 043,64
A 9	I c	1 835,09	1 903,41	1 974,60	2 046,36	2 119,44	2 199,08	2 278,72
A 10		2 009,44	2 108,39	2 207,34	2 306,29	2 405,24	2 504,19	2 603,14
A 11		2 341,18	2 442,56	2 543,94	2 645,32	2 746,70	2 848,08	2 949,46
A 12		2 549,95	2 670,83	2 791,71	2 912,59	3 033,47	3 154,35	3 275,23
A 13	I b	2 888,98	3 019,51	3 150,04	3 280,57	3 411,10	3 541,63	3 672,16
A 14		2 973,77	3 143,02	3 312,27	3 481,52	3 650,77	3 820,02	3 989,27
A 15		3 353,04	3 539,11	3 725,18	3 911,25	4 097,32	4 283,39	4 469,46
A 16		3 726,63	3 941,84	4 157,05	4 372,26	4 587,47	4 802,68	5 017,89

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Gültig vom 1. März 1988
bis 31. Dezember 1988

8	9	10	11	12	13	14	15
1 365,62	1 402,29						
1 431,31	1 467,98	1 504,65					
1 529,55	1 568,29	1 607,03					
1 619,75	1 664,58	1 709,41					
1 709,57	1 760,68	1 811,79					
1 802,24	1 855,22	1 908,20	1 962,47				
1 917,49	1 972,28	2 027,91	2 083,54	2 141,24	2 203,01		
2 083,97	2 156,10	2 232,24	2 308,38	2 384,52	2 460,66		
2 325,75	2 404,30	2 482,85	2 561,40	2 639,95	2 718,50		
2 664,75	2 762,34	2 859,93	2 957,52	3 055,11	3 152,70		
3 008,65	3 108,64	3 208,63	3 308,62	3 408,61	3 508,60	3 608,59	
3 349,16	3 468,38	3 587,60	3 706,82	3 826,04	3 945,26	4 064,48	
3 750,17	3 878,90	4 007,63	4 136,36	4 265,09	4 393,82	4 522,55	
4 101,06	4 267,98	4 434,90	4 601,82	4 768,74	4 935,66	5 102,58	
4 591,18	4 774,69	4 958,20	5 141,71	5 325,22	5 508,73	5 692,24	5 875,75
5 160,83	5 373,07	5 585,31	5 797,55	6 009,79	6 222,03	6 434,27	6 646,51

Gültig vom 1. Januar 1989
bis 31. Dezember 1989

8	9	10	11	12	13	14	15
1 384,75	1 421,93						
1 451,36	1 488,54	1 525,72					
1 550,97	1 590,25	1 629,53					
1 642,45	1 687,90	1 733,35					
1 733,52	1 785,34	1 837,16					
1 827,49	1 881,21	1 934,93	1 989,95				
1 944,38	1 999,93	2 056,33	2 112,73	2 171,23	2 233,86		
2 113,18	2 186,31	2 263,51	2 340,71	2 417,91	2 495,11		
2 358,36	2 438,00	2 517,64	2 597,28	2 676,92	2 756,56		
2 702,09	2 801,04	2 899,99	2 998,94	3 097,89	3 196,84		
3 050,84	3 152,22	3 253,60	3 354,98	3 456,36	3 557,74	3 659,12	
3 396,11	3 516,99	3 637,87	3 758,75	3 879,63	4 000,51	4 121,39	
3 802,69	3 933,22	4 063,75	4 194,28	4 324,81	4 455,34	4 585,87	
4 158,52	4 327,77	4 497,02	4 666,27	4 835,52	5 004,77	5 174,02	
4 655,53	4 841,60	5 027,67	5 213,74	5 399,81	5 585,88	5 771,95	5 958,02
5 233,10	5 448,31	5 663,52	5 878,73	6 093,94	6 309,15	6 524,36	6 739,57

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 1
(Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	1 143,63	1 181,44	1 219,25	1 257,06	1 294,87	1 332,68	1 370,49
A 2		1 211,37	1 249,18	1 286,99	1 324,80	1 362,61	1 400,42	1 438,23
A 3		1 297,78	1 337,72	1 377,66	1 417,60	1 457,54	1 497,48	1 537,42
A 4		1 346,84	1 393,06	1 439,28	1 485,50	1 531,72	1 577,94	1 624,16
A 5		1 394,10	1 446,80	1 499,50	1 552,20	1 604,90	1 657,60	1 710,30
A 6		1 476,16	1 530,79	1 585,42	1 640,05	1 694,68	1 749,31	1 803,94
A 7		1 595,06	1 649,69	1 704,32	1 758,95	1 813,58	1 868,21	1 922,84
A 8		1 670,38	1 737,72	1 805,06	1 872,40	1 939,74	2 007,68	2 078,40
A 9	I c	1 866,34	1 935,82	2 008,22	2 081,19	2 155,51	2 236,50	2 317,49
A 10		2 043,63	2 144,26	2 244,89	2 345,52	2 446,15	2 546,78	2 647,41
A 11		2 381,03	2 484,13	2 587,23	2 690,33	2 793,43	2 896,53	2 999,63
A 12		2 593,37	2 716,30	2 839,23	2 962,16	3 085,09	3 208,02	3 330,95
A 13	I b	2 938,21	3 070,95	3 203,69	3 336,43	3 469,17	3 601,91	3 734,65
A 14		3 024,42	3 196,54	3 368,66	3 540,78	3 712,90	3 885,02	4 057,14
A 15		3 410,09	3 599,32	3 788,55	3 977,78	4 167,01	4 356,24	4 545,47
A 16		3 790,11	4 008,97	4 227,83	4 446,69	4 665,55	4 884,41	5 103,27

Gültig vom 1. März 1988
bis 31. Dezember 1988

2. Bundesbesoldungsordnung B
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	5 875,75
B 2		6 968,70
B 3	I a	7 290,85
B 4		7 775,44
B 5		8 331,41
B 6		8 856,43
B 7		9 367,12
B 8		9 899,43
B 9		10 560,37
B 10		12 612,76
B 11		13 770,24

Gültig vom 1. Januar 1989
bis 31. Dezember 1989

2. Bundesbesoldungsordnung B
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	5 958,02
B 2		7 066,27
B 3	I a	7 392,93
B 4		7 884,30
B 5		8 448,05
B 6		8 980,43
B 7		9 498,26
B 8		10 038,03
B 9		10 708,22
B 10		12 789,34
B 11		13 963,03

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Gültig ab 1. Januar 1990

8	9	10	11	12	13	14	15
1 408,30	1 446,11						
1 476,04	1 513,85	1 551,66					
1 577,36	1 617,30	1 657,24					
1 670,38	1 716,60	1 762,82					
1 763,00	1 815,70	1 868,40					
1 858,57	1 913,20	1 967,83	2 023,78				
1 977,47	2 033,96	2 091,31	2 148,66	2 208,15	2 271,84		
2 149,12	2 223,49	2 302,00	2 380,51	2 459,02	2 537,53		
2 398,48	2 479,47	2 560,46	2 641,45	2 722,44	2 803,43		
2 748,04	2 848,67	2 949,30	3 049,93	3 150,56	3 251,19		
3 102,73	3 205,83	3 308,93	3 412,03	3 515,13	3 618,23	3 721,33	
3 453,88	3 576,81	3 699,74	3 822,67	3 945,60	4 068,53	4 191,46	
3 867,39	4 000,13	4 132,87	4 265,61	4 398,35	4 531,09	4 663,83	
4 229,26	4 401,38	4 573,50	4 745,62	4 917,74	5 089,86	5 261,98	
4 734,70	4 923,93	5 113,16	5 302,39	5 491,62	5 680,85	5 870,08	6 059,31
5 322,13	5 540,99	5 759,85	5 978,71	6 197,57	6 416,43	6 635,29	6 854,15

Gültig ab 1. Januar 1990

2. Bundesbesoldungsordnung B
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	6 059,31
B 2		7 186,40
B 3	I a	7 518,61
B 4		8 018,34
B 5		8 591,67
B 6		9 133,10
B 7		9 659,74
B 8		10 208,68
B 9		10 890,26
B 10		13 006,76
B 11		14 200,41

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 1
(Anlage IV des BBesG)

3. Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besol-dungs-gruppe	Ortszu-schlag Tarif-klasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 1	I b	2 849,06	2 977,79	3 106,52	3 235,25	3 363,98	3 492,71	3 621,44
C 2	I b	2 857,05	3 062,18	3 267,31	3 472,44	3 677,57	3 882,70	4 087,83
C 3	I b	3 228,87	3 461,12	3 693,37	3 925,62	4 157,87	4 390,12	4 622,37
C 4	I a	4 181,59	4 415,06	4 648,53	4 882,00	5 115,47	5 348,94	5 582,41

Anlage 1
(Anlage IV des BBesG)

3. Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besol-dungs-gruppe	Ortszu-schlag Tarif-klasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 1	I b	2 888,98	3 019,51	3 150,04	3 280,57	3 411,10	3 541,63	3 672,16
C 2	I b	2 897,08	3 105,08	3 313,08	3 521,08	3 729,08	3 937,08	4 145,08
C 3	I b	3 274,10	3 509,60	3 745,10	3 980,60	4 216,10	4 451,60	4 687,10
C 4	I a	4 240,26	4 476,99	4 713,72	4 950,45	5 187,18	5 423,91	5 660,64

Anlage 1
(Anlage IV des BBesG)

3. Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besol-dungs-gruppe	Ortszu-schlag Tarif-klasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 1	I b	2 938,21	3 070,95	3 203,69	3 336,43	3 469,17	3 601,91	3 734,65
C 2	I b	2 946,42	3 157,95	3 369,48	3 581,01	3 792,54	4 004,07	4 215,60
C 3	I b	3 329,81	3 569,31	3 808,81	4 048,31	4 287,81	4 527,31	4 766,81
C 4	I a	4 312,41	4 553,16	4 793,91	5 034,66	5 275,41	5 516,16	5 756,91

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Gültig vom 1. März 1988 bis 31. Dezember 1988

8	9	10	11	12	13	14	15
3 750,17	3 878,90	4 007,63	4 136,36	4 265,09	4 393,82	4 522,55	
4 292,96	4 498,09	4 703,22	4 908,35	5 113,48	5 318,61	5 523,74	5 728,87
4 854,62	5 086,87	5 319,12	5 551,37	5 783,62	6 015,87	6 248,12	6 480,37
5 815,88	6 049,35	6 282,82	6 516,29	6 749,76	6 983,23	7 216,70	7 450,17

Gültig vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1989

8	9	10	11	12	13	14	15
3 802,69	3 933,22	4 063,75	4 194,28	4 324,81	4 455,34	4 585,87	
4 353,08	4 561,08	4 769,08	4 977,08	5 185,08	5 393,08	5 601,08	5 809,08
4 922,60	5 158,10	5 393,60	5 629,10	5 864,60	6 100,10	6 335,60	6 571,10
5 897,37	6 134,10	6 370,83	6 607,56	6 844,29	7 081,02	7 317,75	7 554,48

Gültig ab 1. Januar 1990

8	9	10	11	12	13	14	15
3 867,39	4 000,13	4 132,87	4 265,61	4 398,35	4 531,09	4 663,83	
4 427,13	4 638,66	4 850,19	5 061,72	5 273,25	5 484,78	5 696,31	5 907,84
5 006,31	5 245,81	5 485,31	5 724,81	5 964,31	6 203,81	6 443,31	6 682,81
5 997,66	6 238,41	6 479,16	6 719,91	6 960,66	7 201,41	7 442,16	7 682,91

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 1
(Anlage IV des BBesG)

Gültig vom 1. März 1988
bis 31. Dezember 1988

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besol-dungs-gruppe	Ortszu-schlag Tarif-klasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Lebensalter									
		31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	I b	3691,41	3953,58	4215,75	4477,92	4740,09	5002,26	5264,43	5526,60	5788,77	6050,94
R 2	I b	4318,93	4581,10	4843,27	5105,44	5367,61	5629,78	5891,95	6154,12	6416,29	6678,46

R 3	I a	7290,85
R 4		7775,44
R 5		8331,41
R 6		8856,43
R 7		9367,12
R 8		9899,43
R 9		10560,37
R 10		13197,85

Anlage 1
(Anlage IV des BBesG)

Gültig vom 1. Januar 1989
bis 31. Dezember 1989

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besol-dungs-gruppe	Ortszu-schlag Tarif-klasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Lebensalter									
		31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	I b	3743,10	4008,94	4274,78	4540,62	4806,46	5072,30	5338,14	5603,98	5869,82	6135,66
R 2	I b	4379,40	4645,24	4911,08	5176,92	5442,76	5708,60	5974,44	6240,28	6506,12	6771,96

R 3	I a	7 392,93
R 4		7 884,30
R 5		8 448,05
R 6		8 980,43
R 7		9 498,26
R 8		10 038,03
R 9		10 708,22
R 10		13 382,62

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 1
(Anlage IV des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1990

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Lebensalter									
		31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	I b	3806,82	4077,17	4347,52	4617,87	4888,22	5158,57	5428,92	5699,27	5969,62	6239,97
R 2		4453,94	4724,29	4994,64	5264,99	5535,34	5805,69	6076,04	6346,39	6616,74	6887,09

R 3	I a	7 518,61
R 4		8 018,34
R 5		8 591,67
R 6		9 133,10
R 7		9 659,74
R 8		10 208,68
R 9		10 890,26
R 10		13 610,13

Anlage 2
(Anlage V des BBesG)

Gültig vom 1. März 1988
bis 31. Dezember 1988

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	898,29	1 041,59	1 164,20
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	757,78	901,08	1 023,69
I c	A 9 bis A 12	673,46	816,76	939,37
II	A 1 bis A 8	634,41	770,87	893,48

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 122,61 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag ab Stufe 4 für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 40 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 30 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 20 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse I c 538,77 DM
Tarifklasse II 507,53 DM

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 2
(Anlage V des BBesG)

Gültig vom 1. Januar 1989
bis 31. Dezember 1989

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	910,87	1 056,17	1 180,50
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	768,39	913,69	1 038,02
I c	A 9 bis A 12	682,89	828,19	952,52
II	A 1 bis A 8	643,30	781,66	905,99

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 124,33 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag ab Stufe 4 für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 40 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 30 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 20 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse I c 546,31 DM
Tarifklasse II 514,64 DM

Anlage 2
(Anlage V des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1990

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	926,36	1 074,14	1 200,58
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	781,45	929,23	1 055,67
I c	A 9 bis A 12	694,49	842,27	968,71
II	A 1 bis A 8	654,23	794,95	921,39

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 126,44 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag ab Stufe 4 für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 40 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 30 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 20 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse I c 555,59 DM
Tarifklasse II 523,38 DM

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3 a
(Anlage VIa des BBesG)

Gültig vom 1. März 1988
bis 31. Dezember 1988

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	971	1 166	1 361	1 556	1 751	1 946	2 141	2 336	2 531	2 726	2 921	3 116
A 5 und A 6 ..	1 108	1 315	1 522	1 729	1 936	2 143	2 350	2 557	2 764	2 971	3 178	3 385
A 7 und A 8 ..	1 250	1 477	1 704	1 931	2 158	2 385	2 612	2 839	3 066	3 293	3 520	3 747
A 9	1 469	1 713	1 957	2 201	2 445	2 689	2 933	3 177	3 421	3 665	3 909	4 153
A 10	1 663	1 916	2 169	2 422	2 675	2 928	3 181	3 434	3 687	3 940	4 193	4 446
A 11	1 823	2 090	2 357	2 624	2 891	3 158	3 425	3 692	3 959	4 226	4 493	4 760
A 12	2 029	2 312	2 595	2 878	3 161	3 444	3 727	4 010	4 293	4 576	4 859	5 142
A 13	2 230	2 525	2 820	3 115	3 410	3 705	4 000	4 295	4 590	4 885	5 180	5 475
A 14	2 436	2 740	3 044	3 348	3 652	3 956	4 260	4 564	4 868	5 172	5 476	5 780
A 15	2 722	3 052	3 382	3 712	4 042	4 372	4 702	5 032	5 362	5 692	6 022	6 352
A 16 bis B 2 ...	2 908	3 258	3 608	3 958	4 308	4 658	5 008	5 358	5 708	6 058	6 408	6 758
B 3 und B 4 ..	2 921	3 292	3 663	4 034	4 405	4 776	5 147	5 518	5 889	6 260	6 631	7 002
B 5 bis B 7 ...	3 239	3 649	4 059	4 469	4 879	5 289	5 699	6 109	6 519	6 929	7 339	7 749
B 8 und höher	3 508	3 975	4 442	4 909	5 376	5 843	6 310	6 777	7 244	7 711	8 178	8 645

Anlage 3 a
(Anlage VIa des BBesG)

Gültig vom 1. Januar 1989
bis 31. Dezember 1989

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	985	1 183	1 381	1 579	1 777	1 975	2 173	2 371	2 569	2 767	2 965	3 163
A 5 und A 6 ..	1 124	1 334	1 544	1 754	1 964	2 174	2 384	2 594	2 804	3 014	3 224	3 434
A 7 und A 8 ..	1 265	1 495	1 725	1 955	2 185	2 415	2 645	2 875	3 105	3 335	3 565	3 795
A 9	1 487	1 734	1 981	2 228	2 475	2 722	2 969	3 216	3 463	3 710	3 957	4 204
A 10	1 683	1 939	2 195	2 451	2 707	2 963	3 219	3 475	3 731	3 987	4 243	4 499
A 11	1 845	2 115	2 385	2 655	2 925	3 195	3 465	3 735	4 005	4 275	4 545	4 815
A 12	2 053	2 339	2 625	2 911	3 197	3 483	3 769	4 055	4 341	4 627	4 913	5 199
A 13	2 257	2 555	2 853	3 151	3 449	3 747	4 045	4 343	4 641	4 939	5 237	5 535
A 14	2 465	2 773	3 081	3 389	3 697	4 005	4 313	4 621	4 929	5 237	5 545	5 853
A 15	2 754	3 088	3 422	3 756	4 090	4 424	4 758	5 092	5 426	5 760	6 094	6 428
A 16 bis B 2 ...	2 941	3 295	3 649	4 003	4 357	4 711	5 065	5 419	5 773	6 127	6 481	6 835
B 3 und B 4 ..	2 952	3 327	3 702	4 077	4 452	4 827	5 202	5 577	5 952	6 327	6 702	7 077
B 5 bis B 7 ...	3 273	3 687	4 101	4 515	4 929	5 343	5 757	6 171	6 585	6 999	7 413	7 827
B 8 und höher	3 542	4 014	4 486	4 958	5 430	5 902	6 374	6 846	7 318	7 790	8 262	8 734

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3a
(Anlage VIa des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1990

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	1 002	1 203	1 404	1 605	1 806	2 007	2 208	2 409	2 610	2 811	3 012	3 213
A 5 und A 6 ..	1 143	1 357	1 571	1 785	1 999	2 213	2 427	2 641	2 855	3 069	3 283	3 497
A 7 und A 8 ..	1 284	1 517	1 750	1 983	2 216	2 449	2 682	2 915	3 148	3 381	3 614	3 847
A 9	1 509	1 760	2 011	2 262	2 513	2 764	3 015	3 266	3 517	3 768	4 019	4 270
A 10	1 708	1 968	2 228	2 488	2 748	3 008	3 268	3 528	3 788	4 048	4 308	4 568
A 11	1 872	2 146	2 420	2 694	2 968	3 242	3 516	3 790	4 064	4 338	4 612	4 886
A 12	2 083	2 373	2 663	2 953	3 243	3 533	3 823	4 113	4 403	4 693	4 983	5 273
A 13	2 290	2 592	2 894	3 196	3 498	3 800	4 102	4 404	4 706	5 008	5 310	5 612
A 14	2 501	2 813	3 125	3 437	3 749	4 061	4 373	4 685	4 997	5 309	5 621	5 933
A 15	2 794	3 133	3 472	3 811	4 150	4 489	4 828	5 167	5 506	5 845	6 184	6 523
A 16 bis B 2 ...	2 981	3 340	3 699	4 058	4 417	4 776	5 135	5 494	5 853	6 212	6 571	6 930
B 3 und B 4 ..	2 990	3 370	3 750	4 130	4 510	4 890	5 270	5 650	6 030	6 410	6 790	7 170
B 5 bis B 7 ...	3 315	3 734	4 153	4 572	4 991	5 410	5 829	6 248	6 667	7 086	7 505	7 924
B 8 und höher	3 584	4 062	4 540	5 018	5 496	5 974	6 452	6 930	7 408	7 886	8 364	8 842

Anlage 3b
(Anlage VIb des BBesG)

Gültig vom 1. März 1988
bis 31. Dezember 1988

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	825	991	1 157	1 323	1 489	1 655	1 821	1 987	2 153	2 319	2 485	2 651
A 5 und A 6 ..	942	1 118	1 294	1 470	1 646	1 822	1 998	2 174	2 350	2 526	2 702	2 878
A 7 und A 8 ..	1 063	1 256	1 449	1 642	1 835	2 028	2 221	2 414	2 607	2 800	2 993	3 186
A 9	1 249	1 456	1 663	1 870	2 077	2 284	2 491	2 698	2 905	3 112	3 319	3 526
A 10	1 414	1 629	1 844	2 059	2 274	2 489	2 704	2 919	3 134	3 349	3 564	3 779
A 11	1 550	1 777	2 004	2 231	2 458	2 685	2 912	3 139	3 366	3 593	3 820	4 047
A 12	1 725	1 966	2 207	2 448	2 689	2 930	3 171	3 412	3 653	3 894	4 135	4 376
A 13	1 896	2 147	2 398	2 649	2 900	3 151	3 402	3 653	3 904	4 155	4 406	4 657
A 14	2 071	2 329	2 587	2 845	3 103	3 361	3 619	3 877	4 135	4 393	4 651	4 909
A 15	2 314	2 594	2 874	3 154	3 434	3 714	3 994	4 274	4 554	4 834	5 114	5 394
A 16 bis B 2 ...	2 472	2 769	3 066	3 363	3 660	3 957	4 254	4 551	4 848	5 145	5 442	5 739
B 3 und B 4 ..	2 483	2 798	3 113	3 428	3 743	4 058	4 373	4 688	5 003	5 318	5 633	5 948
B 5 bis B 7 ...	2 753	3 102	3 451	3 800	4 149	4 498	4 847	5 196	5 545	5 894	6 243	6 592
B 8 und höher	2 982	3 379	3 776	4 173	4 570	4 967	5 364	5 761	6 158	6 555	6 952	7 349

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3 b
(Anlage VI b des BBesG)

Gültig vom 1. Januar 1989
bis 31. Dezember 1989

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	837	1 005	1 173	1 341	1 509	1 677	1 845	2 013	2 181	2 349	2 517	2 685
A 5 und A 6 ..	955	1 134	1 313	1 492	1 671	1 850	2 029	2 208	2 387	2 566	2 745	2 924
A 7 und A 8 ..	1 075	1 271	1 467	1 663	1 859	2 055	2 251	2 447	2 643	2 839	3 035	3 231
A 9	1 264	1 474	1 684	1 894	2 104	2 314	2 524	2 734	2 944	3 154	3 364	3 574
A 10	1 431	1 649	1 867	2 085	2 303	2 521	2 739	2 957	3 175	3 393	3 611	3 829
A 11	1 568	1 798	2 028	2 258	2 488	2 718	2 948	3 178	3 408	3 638	3 868	4 098
A 12	1 745	1 988	2 231	2 474	2 717	2 960	3 203	3 446	3 689	3 932	4 175	4 418
A 13	1 918	2 171	2 424	2 677	2 930	3 183	3 436	3 689	3 942	4 195	4 448	4 701
A 14	2 095	2 357	2 619	2 881	3 143	3 405	3 667	3 929	4 191	4 453	4 715	4 977
A 15	2 341	2 625	2 909	3 193	3 477	3 761	4 045	4 329	4 613	4 897	5 181	5 465
A 16 bis B 2 ...	2 500	2 801	3 102	3 403	3 704	4 005	4 306	4 607	4 908	5 209	5 510	5 811
B 3 und B 4 ..	2 509	2 828	3 147	3 466	3 785	4 104	4 423	4 742	5 061	5 380	5 699	6 018
B 5 bis B 7 ...	2 782	3 134	3 486	3 838	4 190	4 542	4 894	5 246	5 598	5 950	6 302	6 654
B 8 und höher	3 011	3 412	3 813	4 214	4 615	5 016	5 417	5 818	6 219	6 620	7 021	7 422

Anlage 3 b
(Anlage VI b des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1990

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	852	1 023	1 194	1 365	1 536	1 707	1 878	2 049	2 220	2 391	2 562	2 733
A 5 und A 6 ..	972	1 154	1 336	1 518	1 700	1 882	2 064	2 246	2 428	2 610	2 792	2 974
A 7 und A 8 ..	1 091	1 289	1 487	1 685	1 883	2 081	2 279	2 477	2 675	2 873	3 071	3 269
A 9	1 283	1 496	1 709	1 922	2 135	2 348	2 561	2 774	2 987	3 200	3 413	3 626
A 10	1 452	1 673	1 894	2 115	2 336	2 557	2 778	2 999	3 220	3 441	3 662	3 883
A 11	1 591	1 824	2 057	2 290	2 523	2 756	2 989	3 222	3 455	3 688	3 921	4 154
A 12	1 771	2 017	2 263	2 509	2 755	3 001	3 247	3 493	3 739	3 985	4 231	4 477
A 13	1 947	2 204	2 461	2 718	2 975	3 232	3 489	3 746	4 003	4 260	4 517	4 774
A 14	2 126	2 391	2 656	2 921	3 186	3 451	3 716	3 981	4 246	4 511	4 776	5 041
A 15	2 375	2 663	2 951	3 239	3 527	3 815	4 103	4 391	4 679	4 967	5 255	5 543
A 16 bis B 2 ...	2 534	2 839	3 144	3 449	3 754	4 059	4 364	4 669	4 974	5 279	5 584	5 889
B 3 und B 4 ..	2 542	2 865	3 188	3 511	3 834	4 157	4 480	4 803	5 126	5 449	5 772	6 095
B 5 bis B 7 ...	2 818	3 174	3 530	3 886	4 242	4 598	4 954	5 310	5 666	6 022	6 378	6 734
B 8 und höher	3 046	3 452	3 858	4 264	4 670	5 076	5 482	5 888	6 294	6 700	7 106	7 512

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3c
(Anlage VIc des BBesG)

Gültig vom 1. März 1988
bis 31. Dezember 1988

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	680	816	952	1 088	1 224	1 360	1 496	1 632	1 768	1 904	2 040	2 176
A 5 und A 6 ..	776	921	1 066	1 211	1 356	1 501	1 646	1 791	1 936	2 081	2 226	2 371
A 7 und A 8 ..	875	1 034	1 193	1 352	1 511	1 670	1 829	1 988	2 147	2 306	2 465	2 624
A 9	1 028	1 199	1 370	1 541	1 712	1 883	2 054	2 225	2 396	2 567	2 738	2 909
A 10	1 164	1 341	1 518	1 695	1 872	2 049	2 226	2 403	2 580	2 757	2 934	3 111
A 11	1 276	1 463	1 650	1 837	2 024	2 211	2 398	2 585	2 772	2 959	3 146	3 333
A 12	1 420	1 618	1 816	2 014	2 212	2 410	2 608	2 806	3 004	3 202	3 400	3 598
A 13	1 561	1 768	1 975	2 182	2 389	2 596	2 803	3 010	3 217	3 424	3 631	3 838
A 14	1 705	1 918	2 131	2 344	2 557	2 770	2 983	3 196	3 409	3 622	3 835	4 048
A 15	1 905	2 136	2 367	2 598	2 829	3 060	3 291	3 522	3 753	3 984	4 215	4 446
A 16 bis B 2 ...	2 036	2 281	2 526	2 771	3 016	3 261	3 506	3 751	3 996	4 241	4 486	4 731
B 3 und B 4 ..	2 045	2 305	2 565	2 825	3 085	3 345	3 605	3 865	4 125	4 385	4 645	4 905
B 5 bis B 7 ...	2 267	2 554	2 841	3 128	3 415	3 702	3 989	4 276	4 563	4 850	5 137	5 424
B 8 und höher	2 456	2 783	3 110	3 437	3 764	4 091	4 418	4 745	5 072	5 399	5 726	6 053

Anlage 3c
(Anlage VIc des BBesG)

Gültig vom 1. Januar 1989
bis 31. Dezember 1989

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	690	829	968	1 107	1 246	1 385	1 524	1 663	1 802	1 941	2 080	2 219
A 5 und A 6 ..	787	934	1 081	1 228	1 375	1 522	1 669	1 816	1 963	2 110	2 257	2 404
A 7 und A 8 ..	886	1 047	1 208	1 369	1 530	1 691	1 852	2 013	2 174	2 335	2 496	2 657
A 9	1 041	1 214	1 387	1 560	1 733	1 906	2 079	2 252	2 425	2 598	2 771	2 944
A 10	1 178	1 357	1 536	1 715	1 894	2 073	2 252	2 431	2 610	2 789	2 968	3 147
A 11	1 292	1 481	1 670	1 859	2 048	2 237	2 426	2 615	2 804	2 993	3 182	3 371
A 12	1 437	1 637	1 837	2 037	2 237	2 437	2 637	2 837	3 037	3 237	3 437	3 637
A 13	1 580	1 789	1 998	2 207	2 416	2 625	2 834	3 043	3 252	3 461	3 670	3 879
A 14	1 726	1 942	2 158	2 374	2 590	2 806	3 022	3 238	3 454	3 670	3 886	4 102
A 15	1 928	2 162	2 396	2 630	2 864	3 098	3 332	3 566	3 800	4 034	4 268	4 502
A 16 bis B 2 ...	2 059	2 307	2 555	2 803	3 051	3 299	3 547	3 795	4 043	4 291	4 539	4 787
B 3 und B 4 ..	2 066	2 329	2 592	2 855	3 118	3 381	3 644	3 907	4 170	4 433	4 696	4 959
B 5 bis B 7 ...	2 291	2 581	2 871	3 161	3 451	3 741	4 031	4 321	4 611	4 901	5 191	5 481
B 8 und höher	2 479	2 809	3 139	3 469	3 799	4 129	4 459	4 789	5 119	5 449	5 779	6 109

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3c
(Anlage VIc des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1990

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	701	842	983	1 124	1 265	1 406	1 547	1 688	1 829	1 970	2 111	2 252
A 5 und A 6 ..	800	950	1 100	1 250	1 400	1 550	1 700	1 850	2 000	2 150	2 300	2 450
A 7 und A 8 ..	899	1 062	1 225	1 388	1 551	1 714	1 877	2 040	2 203	2 366	2 529	2 692
A 9	1 056	1 232	1 408	1 584	1 760	1 936	2 112	2 288	2 464	2 640	2 816	2 992
A 10	1 196	1 378	1 560	1 742	1 924	2 106	2 288	2 470	2 652	2 834	3 016	3 198
A 11	1 310	1 502	1 694	1 886	2 078	2 270	2 462	2 654	2 846	3 038	3 230	3 422
A 12	1 458	1 661	1 864	2 067	2 270	2 473	2 676	2 879	3 082	3 285	3 488	3 691
A 13	1 603	1 814	2 025	2 236	2 447	2 658	3 869	3 080	3 291	3 502	3 713	3 924
A 14	1 751	1 969	2 187	2 405	2 623	2 841	3 059	3 277	3 495	3 713	3 931	4 149
A 15	1 956	2 193	2 430	2 667	2 904	3 141	3 378	3 615	3 852	4 089	4 326	4 563
A 16 bis B 2 ...	2 087	2 338	2 589	2 840	3 091	3 342	3 593	3 844	4 095	4 346	4 597	4 848
B 3 und B 4 ..	2 093	2 359	2 625	2 891	3 157	3 423	3 689	3 955	4 221	4 487	4 753	5 019
B 5 bis B 7 ...	2 321	2 614	2 907	3 200	3 493	3 786	4 079	4 372	4 665	4 958	5 251	5 544
B 8 und höher	2 509	2 844	3 179	3 514	3 849	4 184	4 519	4 854	5 189	5 524	5 859	6 194

Anlage 3d
(Anlage VId des BBesG)

Gültig vom 1. März 1988
bis 31. Dezember 1988

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	476	571	666	761	856	951	1 046	1 141	1 236	1 331	1 426	1 521
A 5 und A 6 .	543	645	747	849	951	1 053	1 155	1 257	1 359	1 461	1 563	1 665
A 7 und A 8 .	613	724	835	946	1 057	1 168	1 279	1 390	1 501	1 612	1 723	1 834
A 9	720	840	960	1 080	1 200	1 320	1 440	1 560	1 680	1 800	1 920	2 040
A 10	815	939	1 063	1 187	1 311	1 435	1 559	1 683	1 807	1 931	2 055	2 179
A 11	893	1 024	1 155	1 286	1 417	1 548	1 679	1 810	1 941	2 072	2 203	2 334
A 12	994	1 133	1 272	1 411	1 550	1 689	1 828	1 967	2 106	2 245	2 384	2 523
A 13	1 093	1 238	1 383	1 528	1 673	1 818	1 963	2 108	2 253	2 398	2 543	2 688
A 14	1 194	1 343	1 492	1 641	1 790	1 939	2 088	2 237	2 386	2 535	2 684	2 833
A 15	1 334	1 496	1 658	1 820	1 982	2 144	2 306	2 468	2 630	2 792	2 954	3 116
A 16 bis B 2 ..	1 425	1 597	1 769	1 941	2 113	2 285	2 457	2 629	2 801	2 973	3 145	3 317
B 3 und B 4 .	1 432	1 614	1 796	1 978	2 160	2 342	2 524	2 706	2 888	3 070	3 252	3 434
B 5 bis B 7 ..	1 587	1 788	1 989	2 190	2 391	2 592	2 793	2 994	3 195	3 396	3 597	3 798
B 8 und höher	1 719	1 948	2 177	2 406	2 635	2 864	3 093	3 322	3 551	3 780	4 009	4 238

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3d
(Anlage VId des BBesG)

Gültig vom 1. Januar 1989
bis 31. Dezember 1989

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	483	580	677	774	871	968	1 065	1 162	1 259	1 356	1 453	1 550
A 5 und A 6 .	551	654	757	860	963	1 066	1 169	1 272	1 375	1 478	1 581	1 684
A 7 und A 8 .	620	733	846	959	1 072	1 185	1 298	1 411	1 524	1 637	1 750	1 863
A 9	729	850	971	1 092	1 213	1 334	1 455	1 576	1 697	1 818	1 939	2 060
A 10	825	950	1 075	1 200	1 325	1 450	1 575	1 700	1 825	1 950	2 075	2 200
A 11	904	1 036	1 168	1 300	1 432	1 564	1 696	1 828	1 960	2 092	2 224	2 356
A 12	1 006	1 146	1 286	1 426	1 566	1 706	1 846	1 986	2 126	2 266	2 406	2 546
A 13	1 106	1 252	1 398	1 544	1 690	1 836	1 982	2 128	2 274	2 420	2 566	2 712
A 14	1 208	1 359	1 510	1 661	1 812	1 963	2 114	2 265	2 416	2 567	2 718	2 869
A 15	1 350	1 514	1 678	1 842	2 006	2 170	2 334	2 498	2 662	2 826	2 990	3 154
A 16 bis B 2 ..	1 441	1 615	1 789	1 963	2 137	2 311	2 485	2 659	2 833	3 007	3 181	3 355
B 3 und B 4 .	1 446	1 630	1 814	1 998	2 182	2 366	2 550	2 734	2 918	3 102	3 286	3 470
B 5 bis B 7 ..	1 604	1 807	2 010	2 213	2 416	2 619	2 822	3 025	3 228	3 431	3 634	3 837
B 8 und höher	1 735	1 966	2 197	2 428	2 659	2 890	3 121	3 352	3 583	3 814	4 045	4 276

Anlage 3d
(Anlage VId des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1990

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	491	590	689	788	887	986	1 085	1 184	1 283	1 382	1 481	1 580
A 5 und A 6 .	560	665	770	875	980	1 085	1 190	1 295	1 400	1 505	1 610	1 715
A 7 und A 8 .	629	743	857	971	1 085	1 199	1 313	1 427	1 541	1 655	1 769	1 883
A 9	739	862	985	1 108	1 231	1 354	1 477	1 600	1 723	1 846	1 969	2 092
A 10	837	964	1 091	1 218	1 345	1 472	1 599	1 726	1 853	1 980	2 107	2 234
A 11	917	1 051	1 185	1 319	1 453	1 587	1 721	1 855	1 989	2 123	2 257	2 391
A 12	1 021	1 163	1 305	1 447	1 589	1 731	1 873	2 015	2 157	2 299	2 441	2 583
A 13	1 122	1 270	1 418	1 566	1 714	1 862	2 010	2 158	2 306	2 454	2 602	2 750
A 14	1 226	1 379	1 532	1 685	1 838	1 991	2 144	2 297	2 450	2 603	2 756	2 909
A 15	1 369	1 535	1 701	1 867	2 033	2 199	2 365	2 531	2 697	2 863	3 029	3 195
A 16 bis B 2 ..	1 461	1 637	1 813	1 989	2 165	2 341	2 517	2 693	2 869	3 045	3 221	3 397
B 3 und B 4 .	1 465	1 651	1 837	2 023	2 209	2 395	2 581	2 767	2 953	3 139	3 325	3 511
B 5 bis B 7 ..	1 625	1 830	2 035	2 240	2 445	2 650	2 855	3 060	3 265	3 470	3 675	3 880
B 8 und höher	1 756	1 991	2 226	2 461	2 696	2 931	3 166	3 401	3 636	3 871	4 106	4 341

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3e
(Anlage VIe des BBesG)

Gültig vom 1. März 1988
bis 31. Dezember 1988

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	578	694	810	926	1 042	1 158	1 274	1 390	1 506	1 622	1 738	1 854
A 5 und A 6 .	660	783	906	1 029	1 152	1 275	1 398	1 521	1 644	1 767	1 890	2 013
A 7 und A 8 .	744	879	1 014	1 149	1 284	1 419	1 554	1 689	1 824	1 959	2 094	2 229
A 9	874	1 019	1 164	1 309	1 454	1 599	1 744	1 889	2 034	2 179	2 324	2 469
A 10	989	1 139	1 289	1 439	1 589	1 739	1 889	2 039	2 189	2 339	2 489	2 639
A 11	1 085	1 244	1 403	1 562	1 721	1 880	2 039	2 198	2 357	2 516	2 675	2 834
A 12	1 207	1 375	1 543	1 711	1 879	2 047	2 215	2 383	2 551	2 719	2 887	3 055
A 13	1 327	1 503	1 679	1 855	2 031	2 207	2 383	2 559	2 735	2 911	3 087	3 263
A 14	1 449	1 630	1 811	1 992	2 173	2 354	2 535	2 716	2 897	3 078	3 259	3 440
A 15	1 619	1 815	2 011	2 207	2 403	2 599	2 795	2 991	3 187	3 383	3 579	3 775
A 16 bis B 2 ..	1 731	1 939	2 147	2 355	2 563	2 771	2 979	3 187	3 395	3 603	3 811	4 019
B 3 und B 4 .	1 738	1 959	2 180	2 401	2 622	2 843	3 064	3 285	3 506	3 727	3 948	4 169
B 5 bis B 7 ..	1 927	2 171	2 415	2 659	2 903	3 147	3 391	3 635	3 879	4 123	4 367	4 611
B 8 und höher	2 088	2 366	2 644	2 922	3 200	3 478	3 756	4 034	4 312	4 590	4 868	5 146

Anlage 3e
(Anlage VIe des BBesG)

Gültig vom 1. Januar 1989
bis 31. Dezember 1989

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	587	705	823	941	1 059	1 177	1 295	1 413	1 531	1 649	1 767	1 885
A 5 und A 6 .	669	794	919	1 044	1 169	1 294	1 419	1 544	1 669	1 794	1 919	2 044
A 7 und A 8 .	753	890	1 027	1 164	1 301	1 438	1 575	1 712	1 849	1 986	2 123	2 260
A 9	885	1 032	1 179	1 326	1 473	1 620	1 767	1 914	2 061	2 208	2 355	2 502
A 10	1 001	1 153	1 305	1 457	1 609	1 761	1 913	2 065	2 217	2 369	2 521	2 673
A 11	1 098	1 259	1 420	1 581	1 742	1 903	2 064	2 225	2 386	2 547	2 708	2 869
A 12	1 221	1 391	1 561	1 731	1 901	2 071	2 241	2 411	2 581	2 751	2 921	3 091
A 13	1 343	1 521	1 699	1 877	2 055	2 233	2 411	2 589	2 767	2 945	3 123	3 301
A 14	1 467	1 651	1 835	2 019	2 203	2 387	2 571	2 755	2 939	3 123	3 307	3 491
A 15	1 639	1 838	2 037	2 236	2 435	2 634	2 833	3 032	3 231	3 430	3 629	3 828
A 16 bis B 2 ..	1 750	1 961	2 172	2 383	2 594	2 805	3 016	3 227	3 438	3 649	3 860	4 071
B 3 und B 4 .	1 756	1 980	2 204	2 428	2 652	2 876	3 100	3 324	3 548	3 772	3 996	4 220
B 5 bis B 7 ..	1 947	2 194	2 441	2 688	2 935	3 182	3 429	3 676	3 923	4 170	4 417	4 664
B 8 und höher	2 107	2 388	2 669	2 950	3 231	3 512	3 793	4 074	4 355	4 636	4 917	5 198

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3e
(Anlage VIe des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1990

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	596	716	836	956	1 076	1 196	1 316	1 436	1 556	1 676	1 796	1 916
A 5 und A 6 .	680	808	936	1 064	1 192	1 320	1 448	1 576	1 704	1 832	1 960	2 088
A 7 und A 8 .	764	903	1 042	1 181	1 320	1 459	1 598	1 737	1 876	2 015	2 154	2 293
A 9	898	1 048	1 198	1 348	1 498	1 648	1 798	1 948	2 098	2 248	2 398	2 548
A 10	1 017	1 172	1 327	1 482	1 637	1 792	1 947	2 102	2 257	2 412	2 567	2 722
A 11	1 114	1 277	1 440	1 603	1 766	1 929	2 092	2 255	2 418	2 581	2 744	2 907
A 12	1 239	1 412	1 585	1 758	1 931	2 104	2 277	2 450	2 623	2 796	2 969	3 142
A 13	1 363	1 542	1 721	1 900	2 079	2 258	2 437	2 616	2 795	2 974	3 153	3 332
A 14	1 488	1 673	1 858	2 043	2 228	2 413	2 598	2 783	2 968	3 153	3 338	3 523
A 15	1 663	1 864	2 065	2 266	2 467	2 668	2 869	3 070	3 271	3 472	3 673	3 874
A 16 bis B 2 ..	1 774	1 987	2 200	2 413	2 626	2 839	3 052	3 265	3 478	3 691	3 904	4 117
B 3 und B 4 .	1 779	2 005	2 231	2 457	2 683	2 909	3 135	3 361	3 587	3 813	4 039	4 265
B 5 bis B 7 ..	1 973	2 222	2 471	2 720	2 969	3 218	3 467	3 716	3 965	4 214	4 463	4 712
B 8 und höher	2 133	2 418	2 703	2 988	3 273	3 558	3 843	4 128	4 413	4 698	4 983	5 268

Anlage 3f
(Anlage VIf des BBesG)

Gültig vom 1. März 1988
bis 31. Dezember 1988

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in DM je Kind)

	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	182	209	236	263	290	317	344	371	398	425	452	479	182
	Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.												

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3f
(Anlage VIf des BBesG)

Gültig vom 1. Januar 1989
bis 31. Dezember 1989

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in DM je Kind)

Besoldungsgruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	185	212	239	266	293	320	347	374	401	428	455	482	185
	Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.												

Anlage 3f
(Anlage VIf des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1990

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in DM je Kind)

Besoldungsgruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	187	214	241	268	295	322	349	376	403	430	457	484	187
	Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.												

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 4 Gültig vom 1. März 1988
(Anlage VII des BBesG) bis 31. Dezember 1988

Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	1 240	1 095
A 5 und A 6	1 388	1 192
A 7 und A 8	1 551	1 343
A 9	1 776	1 498
A 10	1 969	1 659
A 11	2 136	1 780
A 12	2 352	1 935
A 13	2 554	2 105
A 14	2 752	2 280
A 15	3 054	2 501
A 16	3 256	2 619
B 3	3 303	2 619
B 6	3 649	2 795
B 9 und höher	3 993	2 970

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Anlage 4 Gültig vom 1. Januar 1989
(Anlage VII des BBesG) bis 31. Dezember 1989

Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	1 258	1 111
A 5 und A 6	1 408	1 209
A 7 und A 8	1 570	1 360
A 9	1 798	1 516
A 10	1 993	1 679
A 11	2 161	1 801
A 12	2 379	1 957
A 13	2 584	2 130
A 14	2 785	2 308
A 15	3 090	2 531
A 16	3 293	2 649
B 3	3 338	2 649
B 6	3 687	2 824
B 9 und höher	4 033	2 999

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 4 Gültig ab 1. Januar 1990

(Anlage VII des BBesG)

Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	1 279	1 129
A 5 und A 6	1 433	1 230
A 7 und A 8	1 593	1 380
A 9	1 825	1 539
A 10	2 023	1 704
A 11	2 193	1 827
A 12	2 413	1 985
A 13	2 621	2 161
A 14	2 825	2 341
A 15	3 135	2 568
A 16	3 338	2 685
B 3	3 381	2 685
B 6	3 734	2 860
B 9 und höher	4 082	3 035

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 5
(Anlage VIII des BBesG)

Gültig vom 1. März 1988
bis 31. Dezember 1988

Anwärtergrundbetrag

Anwärterverheiratetenzuschlag

(Monatsbeträge in DM)

Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1983 eingestellt worden sind:

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	898	1 011	288	96
A 5 bis A 8	1 076	1 228	332	96
A 9 bis A 11	1 156	1 328	384	96
A 12	1 363	1 547	406	96
A 13	1 410	1 603	420	96
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 459	1 661	434	96

Anlage 5
(Anlage VIII des BBesG)

Gültig vom 1. Januar 1989
bis 31. Dezember 1989

Anwärtergrundbetrag

Anwärterverheiratetenzuschlag

(Monatsbeträge in DM)

Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1983 eingestellt worden sind:

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	911	1 025	292	97
A 5 bis A 8	1 091	1 245	337	97
A 9 bis A 11	1 172	1 347	389	97
A 12	1 382	1 569	412	97
A 13	1 430	1 625	426	97
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 479	1 684	440	97

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 5
(Anlage VIII des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1990

Anwärtergrundbetrag

Anwärterverheiratetenzuschlag

(Monatsbeträge in DM)

Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1983 eingestellt worden sind:

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	926	1 042	297	99
A 5 bis A 8	1 110	1 266	343	99
A 9 bis A 11	1 192	1 370	396	99
A 12	1 405	1 596	419	99
A 13	1 454	1 653	433	99
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 504	1 713	447	99

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 6
(Anlage IX des BBesG)

Gültig vom 1. März 1988
bis 31. Dezember 1988

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
— in der Reihenfolge der Gesetzesstellen —

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		
§ 44	bis zu	150,00
§ 48 Abs. 2	bis zu	100,00
§ 50 a		100,00
§ 78	bis zu	150,00
Bundesbesoldungsordnungen A und B		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 Abs. 2		250,00
Nummer 4		50,00
Nummer 5 Abs. 1 Buchstabe a	bis zu	80,00
Buchstabe b	bis zu	50,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a		450,00
Buchstabe b		360,00
Buchstabe c		288,00
Nummer 6 a		120,00
Nummer 7		
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	
A 1 bis A 5	A 5	
A 6 bis A 9	A 9	
A 10 bis A 13	A 13	
A 14, A 15, B 1	A 15	
A 16, B 2 bis B 4	B 3	
B 5 bis B 7	B 6	
B 8 bis B 10	B 9	
B 11	B 11	
Nummer 8 Abs. 1		
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen		
A 1 bis A 5		200,00
A 6 bis A 9		275,00
A 10 bis A 13		350,00
A 14 und höher		425,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	150,00
des gehobenen Dienstes	200,00
des höheren Dienstes	250,00
Nummer 8 a	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	110,00
A 6 bis A 9	150,00
A 10 bis A 13	185,00
A 14 und höher	220,00
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	80,00
des gehobenen Dienstes	105,00
des höheren Dienstes	130,00
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	60,00
von zwei Jahren	120,00
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	60,00
von zwei Jahren	120,00
Nummer 11	1/12 des Grundgehalts und des Ortszuschlags *)
Nummer 12	90,00
Nummer 13 a	bis zu 150,00
Nummer 19 Satz 1	288,04
Nummer 23	
Absatz 1	87,00
Absatz 2	145,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Beschlüsse des 4. Ausschusses

noch Anlage 6

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
nach Absatz 3 Satz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten		
des mittleren Dienstes		20,00
des gehobenen Dienstes		45,00
Nummer 24		
Absatz 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes/für Unteroffiziere		87,00
des gehobenen Dienstes/für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12		145,00
nach Absatz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten		
des mittleren Dienstes/bei Unteroffizieren		67,00
des gehobenen Dienstes/für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12		100,00
Nummer 25 Abs. 1		100,00
Nummer 26		
Absatz 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		67,00
des gehobenen Dienstes		100,00
Absatz 2		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		20,00
des gehobenen Dienstes		45,00
Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a		67,00
Buchstabe b		67,00
Buchstabe c		100,00
Buchstabe d		100,00
Nummer 30		145,00
nach Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz ruhegehaltfähig		45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	41,65
	2	34,67
A 3	1, 2	41,65
A 4	1, 2	41,65
A 5	3, 4	41,65
	5	113,01
A 7	2	80,00
	3	51,69
A 8	2	66,63
	3	80,00
A 9	2	80,00
	3, 4	310,10
A 12	7, 8	180,08
A 13	6	144,03
	7	216,05
A 14	5	216,05
A 15	7	216,05
B 10	1, 2	499,29
Bundesbesoldungsordnung C		
Vorbemerkungen		
Nummer 3		
Die Zulage beträgt		12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Beamte der Besoldungsgruppe C 1		A 13
für Beamte der Besoldungsgruppe C 2		A 15
für Beamte der Besoldungsgruppen C 3 und C 4		B 3
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		402,00
der Besoldungsgruppe R 2		450,00
Besoldungsgruppe	Fußnote	
C 2	1	204,04
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt		12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Beschlüsse des 4. Ausschusses

noch Anlage 6

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	238,88
R 2	3 bis 8, 10	238,88
R 3	3	238,88
R 8	2	477,70

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 6
(Anlage IX des BBesG)

Gültig vom 1. Januar 1989
bis 31. Dezember 1989

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
— in der Reihenfolge der Gesetzesstellen —

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsgesetz		
§ 44	bis zu	150,00
§ 48 Abs. 2	bis zu	100,00
§ 50a		100,00
§ 78	bis zu	150,00
Bundesbesoldungsordnungen A und B		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 Abs. 2		250,00
Nummer 4		50,00
Nummer 5 Abs. 1 Buchstabe a	bis zu	80,00
Buchstabe b	bis zu	50,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a		450,00
Buchstabe b		360,00
Buchstabe c		288,00
Nummer 6a		120,00
Nummer 7		
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	
A 1 bis A 5	A 5	
A 6 bis A 9	A 9	
A 10 bis A 13	A 13	
A 14, A 15, B 1	A 15	
A 16, B 2 bis B 4	B 3	
B 5 bis B 7	B 6	
B 8 bis B 10	B 9	
B 11	B 11	
Nummer 8 Abs. 1		
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen		
A 1 bis A 5		200,00
A 6 bis A 9		275,00
A 10 bis A 13		350,00
A 14 und höher		425,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	150,00
des gehobenen Dienstes	200,00
des höheren Dienstes	250,00
Nummer 8a	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	110,00
A 6 bis A 9	150,00
A 10 bis A 13	185,00
A 14 und höher	220,00
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	80,00
des gehobenen Dienstes	105,00
des höheren Dienstes	130,00
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	60,00
von zwei Jahren	120,00
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	60,00
von zwei Jahren	120,00
Nummer 11	1/12 des Grundgehalts und des Ortszuschlags *)
Nummer 12	90,00
Nummer 13a	bis zu 150,00
Nummer 19 Satz 1	292,08
Nummer 23	
Absatz 1	87,00
Absatz 2	145,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

noch Anlage 6 Beschlüsse des 4. Ausschusses

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
nach Absatz 3 Satz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten		
des mittleren Dienstes		20,00
des gehobenen Dienstes		45,00
Nummer 24		
Absatz 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes/für Unteroffiziere		87,00
des gehobenen Dienstes/ für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12		145,00
nach Absatz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten		
des mittleren Dienstes/bei Unteroffizieren		67,00
des gehobenen Dienstes/ für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12		100,00
Nummer 25 Abs. 1		100,00
Nummer 26		
Absatz 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		67,00
des gehobenen Dienstes		100,00
Absatz 2		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		20,00
des gehobenen Dienstes		45,00
Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a		67,00
Buchstabe b		67,00
Buchstabe c		100,00
Buchstabe d		100,00
Nummer 30		145,00
nach Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz ruhegehaltfähig		45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	42,24
	2	34,67
A 3	1, 2	42,24
A 4	1, 2	42,24
A 5	3, 4	42,24
	5	114,60
A 7	2	80,00
	3	52,42
A 8	2	67,57
	3	80,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 9	2	80,00
	3, 4	314,45
A 12	7, 8	182,61
A 13	6	146,05
	7	219,08
A 14	5	219,08
A 15	7	219,08
B 10	1, 2	506,29
Bundesbesoldungsordnung C		
Vorbemerkungen		
Nummer 3		
Die Zulage beträgt		12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Beamte der Besoldungsgruppe C 1		A 13
für Beamte der Besoldungsgruppe C 2		A 15
für Beamte der Besoldungsgruppen C 3 und C 4		B 3
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		402,00
der Besoldungsgruppe R 2		450,00
Besoldungsgruppe	Fußnote	
C 2	1	204,04
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt		12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Beschlüsse des 4. Ausschusses

noch Anlage 6

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	242,23
R 2	3 bis 8, 10	242,23
R 3	3	242,23
R 8	2	484,39

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 6
(Anlage IX des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1990

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
— in der Reihenfolge der Gesetzesstellen —

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsgesetz		
§ 44	bis zu	150,00
§ 48 Abs. 2	bis zu	100,00
§ 50a		100,00
§ 78	bis zu	150,00
Bundesbesoldungsordnungen A und B		
Vorbemerkungen		
Nummer 2 Abs. 2		250,00
Nummer 4		50,00
Nummer 5 Abs. 1 Buchstabe a	bis zu	80,00
Buchstabe b	bis zu	50,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a		450,00
Buchstabe b		360,00
Buchstabe c		288,00
Nummer 6a		120,00
Nummer 7		
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	
A 1 bis A 5	A 5	
A 6 bis A 9	A 9	
A 10 bis A 13	A 13	
A 14, A 15, B 1	A 15	
A 16, B 2 bis B 4	B 3	
B 5 bis B 7	B 6	
B 8 bis B 10	B 9	
B 11	B 11	
Nummer 8 Abs. 1		
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen		
A 1 bis A 5		200,00
A 6 bis A 9		275,00
A 10 bis A 13		350,00
A 14 und höher		425,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	150,00
des gehobenen Dienstes	200,00
des höheren Dienstes	250,00
Nummer 8a	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	110,00
A 6 bis A 9	150,00
A 10 bis A 13	185,00
A 14 und höher	220,00
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	80,00
des gehobenen Dienstes	105,00
des höheren Dienstes	130,00
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	60,00
von zwei Jahren	120,00
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	60,00
von zwei Jahren	120,00
Nummer 11	1/12 des Grundgehalts und des Ortszuschlags *)
Nummer 12	90,00
Nummer 13a	bis zu 150,00
Nummer 19 Satz 1	297,05
Nummer 23	
Absatz 1	87,00
Absatz 2	145,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Beschlüsse des 4. Ausschusses

noch Anlage 6

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
nach Absatz 3 Satz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten		
des mittleren Dienstes		20,00
des gehobenen Dienstes		45,00
Nummer 24		
Absatz 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes/für Unteroffiziere		87,00
des gehobenen Dienstes/für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12		145,00
nach Absatz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten		
des mittleren Dienstes/bei Unteroffizieren		67,00
des gehobenen Dienstes/für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12		100,00
Nummer 25 Abs. 1		100,00
Nummer 26		
Absatz 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		67,00
des gehobenen Dienstes		100,00
Absatz 2		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		20,00
des gehobenen Dienstes		45,00
Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a		67,00
Buchstabe b		67,00
Buchstabe c		100,00
Buchstabe d		100,00
Nummer 30		145,00
nach Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz ruhegehaltfähig		45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	42,96
	2	34,67
A 3	1, 2	42,96
A 4	1, 2	42,96
A 5	3, 4	42,96
	5	116,55
A 7	2	80,00
	3	53,32
A 8	2	68,72
	3	80,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 9	2	80,00
	3, 4	319,80
A 12	7, 8	185,72
A 13	6	148,54
	7	222,81
A 14	5	222,81
A 15	7	222,81
B 10	1, 2	514,90
Bundesbesoldungsordnung C		
Vorbemerkungen		
Nummer 3		
Die Zulage beträgt		12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Beamte der Besoldungsgruppe C 1		A 13
für Beamte der Besoldungsgruppe C 2		A 15
für Beamte der Besoldungsgruppen C 3 und C 4		B 3
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		402,00
der Besoldungsgruppe R 2		450,00
Besoldungsgruppe	Fußnote	
C 2	1	204,04
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt		12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Beschlüsse des 4. Ausschusses

noch Anlage 6

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	246,35
R 2	3 bis 8, 10	246,35
R 3	3	246,35
R 8	2	492,63

Bericht der Abgeordneten Regenspurger, Lutz, Richter und Frau Olms

I. Zum Ablauf der Beratungen

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde in der 97. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. September 1988 an den Innenausschuß federführend und an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung und zur Beratung gemäß § 96 GO überwiesen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 1988 einvernehmlich die Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen. Er hat dabei die Absicht des Innenausschusses berücksichtigt, in den Gesetzentwurf folgende weitere Regelungen aufzunehmen:

a) Aufhebung der Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst ab 1. Januar 1989 bzw. 1. Januar 1990.

b) Anhebung des Eingangsamtes für Meister und staatlich geprüfte Techniker von BesGr. A 5 nach BesGr. A 6 ab 1. Januar 1989.

c) Anwärtersonderzuschlag für Laufbahnen mit erheblichem Bewerbermangel ab 1. Januar 1989.

d) Hebung des Spitzenamtes für den einfachen Dienst — A 5 mit Amtszulage — ab 1. Januar 1989.

Einen Antrag der Fraktion der SPD, die Aufhebung der Absenkung der Eingangsbesoldung im höheren Dienst ebenfalls bereits am 1. Januar 1989 vorzusehen, hat der Haushaltsausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Unterstützung durch die Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die Beratung nach § 96 der Geschäftsordnung wird der Haushaltsausschuß nach Vorlage der Beschlußempfehlung durch den Innenausschuß gesondert vornehmen.

Der Verteidigungsausschuß hat im Hinblick auf die Amtsbezüge des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages gutachtlich Stellung genommen und eine Regelung vorgeschlagen, nach der § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten dahin geändert wird, daß das Amtsgehalt und der Ortszuschlag 75 v. H. des Amtsgehalts und des Ortszuschlags eines Bundesministers betragen. Zur Begründung der vorgeschlagenen Regelung, der der Ausschuß dann gefolgt ist, hat der Verteidigungsausschuß darauf hingewiesen, daß ursprünglich bereits bei der Novellierung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages im Jahre 1982 die nunmehr vorgeschlagene Regelung vorgesehen gewesen, damals aus haushaltspolitischen Gründen aber zurückgestellt worden sei. Nach der geltenden Fassung des Gesetzes erhalte der Wehrbeauftragte Bezüge nach der Besoldungsgruppe 10 der Besoldungsordnung B des Besoldungsgesetzes. Diese Verknüpfung mit der Besoldung eines Beamten werde jedoch dem der Rechtsstellung eines Bundesministers angenäherten öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis des Wehrbeauftragten nicht gerecht. Deshalb erscheine es notwendig, die Bezüge am Bundesministergesetz zu orientieren und dabei der Stellung des Wehrbeauftragten als Hilfsorgan des Parlaments sowie damit auch dem protokollarischen Rang des Amtsinhabers angemessen Rechnung zu tragen.

Der Innenausschuß hat den Gesetzentwurf in seinen Sitzungen vom 12. und 26. Oktober 1988 sowie am 9. November 1988 beraten.

In einer Einzelabstimmung hat der Ausschuß einen seitens der Fraktion der SPD gestellten Antrag, die in Artikel 3c ausgebrachte Zulage für den Generalbundesanwalt amtsbezogen zu regeln, mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung seitens der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt und sodann mit dem gleichen Abstimmungsergebnis dem Artikel 3c zugestimmt.

In der Schlußabstimmung hat der Ausschuß dem Gesetzentwurf in der aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP bei Enthaltung seitens der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig zugestimmt.

II. Zur Begründung

1. Allgemeine Bemerkungen

Der Ausschuß hat den Vorschlägen, die die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf auf Drucksache 11/2742 gemacht hat, zugestimmt. Insbesondere hat er die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden um 2,4 v. H. mit Wirkung ab 1. März 1988, um 1,4 v. H. ab 1. Januar 1989 und um 1,7 v. H. ab 1. Januar 1990 in Orientierung am Tarifabschluß beschlossen.

Der Ausschuß hat im Zuge der Beratungen dem Gesetzentwurf der Bundesregierung über die lineare Anpassung der Besoldung und Versorgung hinaus strukturelle Maßnahmen angefügt, die im einzelnen unter 2. dargestellt werden. Es bestand Einvernehmen im Ausschuß, anhand des von der Bundesregierung nunmehr vorgelegten Strukturberichts (Drucksache 11/3129) weitere, noch ungelöste Strukturprobleme zu diskutieren, wie z. B. die Problematik des § 55 des Beamtenversorgungsgesetzes, der Nichtweitergabe von Dienstzeitverkürzungen an Pensionäre, der Besoldungsordnung B, der Erhöhung von Erschwerniszulagen über den Polizei- und Justizvollzugsdienst hinaus, z. B. bei den Feuerwehren.

2. Zu den einzelnen Regelungen

Zu Artikel 1 § 3

Die der Mehrarbeitsvergütung für Beamte und der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten vergleichbaren Sätze der Überstundenvergütungen und der Zeitzuschläge für Dienst an Sonn-, Feier- und bestimmten Vorfesttagen im Tarifbereich des öffentlichen Dienstes werden nach Maßgabe des § 35 BAT, § 27 MTB II durch die vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen ab 1. April 1989 und ab 1. April 1990 aufgrund ihrer Berechnung nach den in diesem Tarifbereich festgelegten Stundenvergütungen bzw. Bruchteilen des Monatstabellenlohns automatisch auch zu diesen Zeitpunkten erhöht.

Artikel 1 § 3 des Gesetzentwurfs der Bundesregierung verfolgte das Ziel, durch die Erhöhung der in § 3 Abs. 1 und 2 genannten Sätze der Mehrarbeitsvergütung für Beamte und der Erschwerniszulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten an Sonn-, Feier- und bestimmten Vorfesttagen wegen der im Tarifbereich bestehenden Dynamisierung einer weiteren Auseinanderentwicklung zwischen Besoldungs- und Tarifbereich entgegenzuwirken. Daher hat der Ausschuß wegen der durch die Arbeitszeitverkürzung im Tarifbereich bedingten weiteren dynamischen Erhöhung auch im Besoldungsbereich noch eine im Ergebnis etwa gleiche Erhöhung vorgesehen. Diese erfolgt zur Vereinfachung nicht mit 2,6 v. H. zum 1. April 1989 und 1,3 v. H. zum 1. April 1990, sondern für beide Fälle entsprechend, aber zusammen mit der linearen Erhöhung ab 1. Januar 1990.

Für die Mehrarbeitsvergütung der — im Tarifbereich von § 35 BAT ausgenommenen — Lehrer (§ 4 Abs. 3 MVergV) verbleibt es bei der Regelung des Regierungsentwurfs. Ebenso bleibt es bei den im Regierungsentwurf vorgesehenen Erhöhungen der Taucherzulage (§ 8 EZulV) und der Zulage für die Beseitigung von Kampfstoffmunition aus den Weltkriegen (§ 23c EZulV), weil sich im Tarifbereich durch die Arbeitszeitverkürzung insoweit auch nichts ändert.

Die Neufassung des § 4 Abs. 1 Satz 3 EZulV entspricht der Entschließung des Bundesrates zur Gleichstellung der Beamten des Justizvollzugsdienstes mit den Beamten des Polizeivollzugsdienstes bei der Erhöhung von Erschwerniszulagen vom 8. Juli 1988 (BR-Drucksache 289/88). Die Erschwerniszulage für Polizeivollzugsbeamte nach § 4 Abs. 1 Satz 2 und 3 unterscheidet zwischen Polizeivollzugsbeamten ohne und mit vorheriger Nachtdienstentschädigung. Die Justizvollzugsbeamten sind der letzteren Gruppe zuzuordnen, da ihnen bisher eine Nachtdienstentschädigung zustand.

Zu Artikel 2 § 1 Nr. 01

Der Ausschuß hält die Änderung der Ausgleichszulagenregelung für notwendig, um Gehaltseinbußen beim Aufstieg aus dem Spitzenamt des einfachen Dienstes in den mittleren Dienst zu vermeiden.

Zu Artikel 2 § 1 Nr. 01a

Der Ausschuß hält die Aufhebung der Absenkung der Eingangsbesoldung nach § 19a des Bundesbesoldungsgesetzes, eingefügt durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984, für dringlich. Die Absenkungsregelungen haben zu Personal-Engpässen in Teilbereichen des öffentlichen Dienstes z. B. insbesondere im gehobenen fernmeldetechnischen Dienst geführt. Erhebliche Probleme bereitet die Absenkung bei Bund und Ländern auch im Tarifbereich, der diese Sparmaßnahme aufgrund einer ausdrücklichen Entschließung des Deutschen Bundestages und einer entsprechenden Stellungnahme des Bundesrates wegen der erforderlichen Gleichbehandlung von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes übernommen hat. Besondere Spannungen bestehen im Kommunalbereich, weil die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VkA) die Absenkung im Tarifbereich nicht mitvollzogen hat.

Der Ausschuß hat die Lehrer in die Aufhebung der Absenkung der Eingangsbesoldung mit einbezogen. Auf dem Hintergrund der Entschließung des Bundesrates (BR-Drucksache 439/88 [Beschluß]) hat der Ausschuß dieser Einbeziehung aber nur unter der Bedingung zugestimmt, daß seitens der Länder insoweit keine Kompensationsforderungen an den Bund gestellt werden.

Zu Artikel 2 § 1 Nr. 2 Buchstabe b[1]

Durch das Vierte Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften sind in der Bundesbesoldungsordnung A erste maßvolle Verbesserungen für den einfachen Dienst vorgenommen worden. Der Ausschuß sieht in der jetzt getroffenen Maßnahme einen weiteren Schritt.

Die Amtszulage im Spitzenamt der Besoldungsgruppe A 5 wird bisher nur für Leitungs- und Koordinierungsaufgaben des Justizwachtmeisterdienstes im Sitzungsdienst etc. der Gerichte gewährt. Nach den Anforderungen vergleichbare herausgehobene Funktionen sind aber auch in anderen Laufbahnen und Verwaltungsbereichen vorhanden. Der Ausschuß hält daher die Einführung des neuen Spitzenamtes für gerechtfertigt und erforderlich.

Zu Artikel 2 § 1 Nr. 2 Buchstabe b[2]

Die Anforderungen der Funktionen, die von Meistern und staatlich geprüften Technikern wahrgenommen werden, sind erheblich gestiegen. Die entsprechende Hebung des Eingangsamtes ist nach dem Grundsatz der funktionsbezogenen Bewertung (§ 18 des Bundesbesoldungsgesetzes) erforderlich. Die bisherige Bewertungslage stellt einen erheblichen strukturellen Nachteil gegenüber dem Tarifbereich dar. Wegen der relativ günstigeren tariflichen Bezahlung ist die Übernahme von Meistern und staatlich geprüften Technikern in das Beamtenverhältnis kaum noch attraktiv. Hinzu kommt, daß die den beamteten Meistern unterstellten technischen Gehilfen in Laufbahnen des ein-

fachen Dienstes durch Beförderung relativ schnell ebenfalls die Besoldungsgruppe A 5 erreichen können. Interessenten für den mittleren Dienst sehen daher ihre künftige Tätigkeit nicht angemessen bewertet; deshalb mangelt es an Bewerbern. Der Ausschuß hält die vorgesehene Maßnahme aus diesen Gründen, insbesondere aber auch deshalb für erforderlich, um den Gleichklang mit dem Tarifbereich herzustellen.

Einzubeziehen sind auch vergleichbare Soldaten. Der Ausschuß geht davon aus, daß die dazu von der Bundesregierung geplante entsprechende Änderung der Soldatenlaufbahnverordnung zur Einstellung mit dem Dienstgrad Stabsunteroffizier/Obermaat (BesGr. A 6) der für Beamte vorgesehenen Regelung des Eingangsamtes für Laufbahnen, in denen die Meisterprüfung oder die Abschlußprüfung als staatlich geprüfter Techniker vorgeschrieben ist, entspricht. Außerdem soll das Inkrafttreten zum gleichen Zeitpunkt, wie für die Beamten vorgesehen, sichergestellt werden.

Ferner hält es der Ausschuß für sachgerecht, das Eingangsamt für Beamte der Laufbahn der Lokomotivführer der Besoldungsgruppe A 6 zuzuordnen. Die Bundesregierung wird gebeten zu prüfen, ob die Regelung wegen vergleichbarer Voraussetzungen auf weitere Laufbahnen zu erstrecken ist.

Zu Artikel 2 § 1 Nr. 2 Buchstabe c

Der Ausschuß hat die Bundesregierung um Prüfung gebeten, ob im Dienst der Hausinspektion des Deutschen Bundestages Funktionen wahrzunehmen sind, die nach ihren Anforderungen dem höheren Dienst zuzuordnen sind und die Einrichtung einer entsprechenden Laufbahn erfordern.

Zu Artikel 2 § 2

Um den Schwierigkeiten der Nachwuchsgewinnung zu begegnen, hat der Ausschuß beschlossen, den Anwärtern für den gehobenen technischen Dienst und für den gehobenen Flugverkehrskontrolldienst künftig einen Anwärtersonderzuschlag von fünfunddreißig v. H. des Anwärtergrundbetrages zu gewähren. Die Regelungen zu § 1 Abs. 2 und § 2 Nr. 2 und 3 der Verordnung tragen den besonderen Verhältnissen im Auswärtigen Dienst Rechnung.

Zu Artikel 3 Nr. 3

§ 11 des Bundespolizeibeamtengesetzes in der bisherigen Fassung hat sich aufgrund seiner einschränkenden Voraussetzungen als zu eng erwiesen. Die Notwendigkeit, einerseits für bestimmte Sicherheitslagen die Einsatzbereitschaft der Verbände des Bundesgrenzschutzes aufrechtzuerhalten und andererseits die geleistete Arbeitszeit möglichst einfach zu ermitteln, gilt auch bei polizeilichen Einsätzen von weniger als fünf Tagen Dauer und vor allem bei Übungen von Polizeiverbänden.

Der Ausschuß hat deshalb die Vorschrift auf eine breitere Grundlage gestellt. Bei der künftigen Bemessung des Freizeitausgleichs ist es nun möglich, nach gemeinsamen Einsätzen den den Polizeikräften des Bundes und der Länder zu gewährenden Freizeitausgleich aufeinander abzustimmen sowie bestimmte weitere Beanspruchungen der Beamten (Reisezeiten, Unterbringung in Behelfsunterkünften) angemessen zu berücksichtigen. Darüber hinaus entfällt die bisherige aufwendige Nachweisführung über Zeiten eines Volldienstes oder Bereitschaftsdienstes, der Rufbereitschaft, Reisezeiten und Ruhezeiten.

Eine Zahlung von Mehrarbeitsvergütung anstelle des Freizeitausgleichs nach § 11 des Bundespolizeibeamtengesetzes ist nicht möglich.

Zu Artikel 3a

Neben dem außergewöhnlichen Arbeitspensum durch den unerwarteten und unvorhersehbaren Anstieg des Luftverkehrs kommt eine zusätzliche Belastung auf die Flugsicherung dadurch zu, daß ab 1989 bis Mitte der 90er Jahre etwa 50 v. H. der aktiven Fluglotsen aus dem Dienst ausscheiden. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß diese Personallücke aus Gründen der Sicherheit und pünktlichen Abwicklung des Flugverkehrs geschlossen werden muß. Trotz Auslastung aller Ausbildungskapazitäten kann aber der erforderliche Nachwuchs nicht zeitgerecht herangebildet werden.

Wirksame Abhilfe ist nur möglich, indem von der Möglichkeit des § 4a Abs. 2 des Gesetzes über die Bundesanstalt für Flugsicherung Gebrauch gemacht und die Dienstzeit von Fluglotsen um bis zu drei Jahre über die vorgezogene gesetzliche Altersgrenze von 53 Jahren hinaus verlängert wird. Leistungsmotivierte Fluglotsen können aber nur mit ihrer Zustimmung gewonnen werden.

Den Fluglotsen, die länger im Dienst bleiben, darf kein finanzieller Nachteil entstehen.

Die bisherige Regelung des § 48 Abs. 1 Satz 3 des Beamtenversorgungsgesetzes, nach der bei Verlängerung der Dienstzeit über die vorgezogene gesetzliche Altersgrenze hinaus die Auszahlung des Ausgleichsbetrags von 8 000 DM bis zur tatsächlichen Zurruhesetzung hinausgeschoben wird, wird von den Betroffenen als Nachteil empfunden, zumal sich viele von ihnen schon auf diese Einmalzahlung eingerichtet haben. Die vom Ausschuß beschlossene Änderung ermöglicht die Gewährung des Ausgleichsbetrages auch dann, wenn der Eintritt in den Ruhestand aus den im Gesetzesvorschlag genannten Gründen hinausgeschoben worden ist.

Zu Artikel 3b

Ziel der vom Ausschuß beschlossenen Regelung ist es, die volle Versorgung aus der Besoldungsgruppe B 9 in den Fällen sicherzustellen, in denen sich der Bundesbeauftragte für den Datenschutz unmittelbar vor der Amtsübernahme mindestens in dem letzten gewöhnlich vor Erreichen der Besoldungsgruppe B 9 zu durchlaufenden Amt, mindestens also in der Besol-

dungsgruppe B 6, befunden hat. Die Regelung bezieht sich nur auf die Berechnung des Ruhegehaltes; im übrigen verbleibt es bei der Anwendung des § 18 Abs. 6 Satz 3 des Bundesdatenschutzgesetzes.

Zu Artikel 3c

Dem seit 1. Juli 1977 im Amt befindlichen Amtsinhaber ist durch Gesetz vom 15. November 1977 (BGBl. I S. 2117) eine persönliche nichtruhegehaltfähige Stellenzulage in Höhe von 75 v. H. des Unterschieds zwischen den Besoldungsgruppen R 9 und R 10 gewährt worden. Wegen der Bedeutung des Amtes wird die Zulage in eine ruhegehaltfähige umgewandelt.

Zu Artikel 3d

Der Ausschuß ist dem Wunsch des Verteidigungsausschusses, den dieser in seiner gutachtlichen Stellungnahme geäußert hat, gefolgt.

Zu Artikel 3e Nr. 1

Durch § 14b des Beamtenversorgungsgesetzes wird für Beamte mit Rentenanwartschaften, die aufgrund einer vorgezogenen Altersgrenze (z. B. Vollendung des 60. Lebensjahres) in den Ruhestand treten, eine Verschlechterung des Rentenrechts ausgeglichen. Diese Beamten hatten bis zur Änderung des § 1248 der Reichsversicherungsordnung durch das Arbeitsförderungs- und Konsolidierungsgesetz vom 22. Dezember 1981 die Möglichkeit, sich arbeitslos zu melden und nach einjähriger Arbeitslosigkeit das vorgezogene Altersruhegeld zu erhalten. Dies ist seit 1982 für Beamte nicht mehr möglich. Da spät in das Beamtenverhältnis eingetretene Beamte mit vorgezogener Altersgrenze in Einzelfällen einen Ruhegehaltssatz von 70 v. H. nicht erreichen, wird durch die vom Ausschuß beschlossene Regelung der Ruhegehaltssatz in diesen Fällen vorübergehend bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres (Bezug des Altersruhegeldes) auf 70 v. H. angehoben, wenn die früheren rentenrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Zu Artikel 3e Nr. 2

Es handelt sich um eine Anpassung an Artikel 3e Nr. 1.

Zu Artikel 3f

Beförderungen setzen im geltenden Laufbahnrecht die vorherige Bewährung („Erprobung") auf einem entsprechend höherbewerteten Dienstposten im aktiven Beamtendienst voraus. Bei beurlaubten Beamten ist für eine Beförderung deshalb grundsätzlich ein vorheriger Ausnahmebeschluß des Bundespersonalausschusses vorausgesetzt. Die vom Ausschuß beschlossene Regelung ändert die Bundeslaufbahnverordnung dahin, daß die Erprobungszeit auch durch Dienstleistungen bei zwischen- oder überstaatlichen Einrichtungen oder im Fraktionsdienst während der Beurlaubung als abgeleistet gilt, soweit diese Tätigkeit nach Art und Schwierigkeiten mindestens den Anforderungen des höherbewerteten Dienstpostens entsprochen hat. Einer Einschaltung des Bundespersonalausschusses bedarf es nicht mehr.

Bonn, den 9. November 1988

Regenspurger **Lutz** **Richter** **Frau Olms**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333